

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dorteljähr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
Betragt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeile oder deren Raum 40 Pfg., für
Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen,

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Mittwoch, den 9. Juni 1897. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Staatsinteresse.

Das Staatsinteresse hat in der Politik stets eine hervorragende Rolle gespielt. Es ist der Kautschuk-Mantel, mit dem seit Jahrhunderten und seit Jahrtausenden jede Handlung bekleidet und geschmückt wird, welche mit den Begriffen der gewöhnlichen Moral nicht im Einklang steht.

Die Sozialisten, die an Allem nörgeln, wollen auch nicht anerkennen, daß die Politik etwas Apartes sei, daß der Politiker das Recht habe, sich außerhalb der gewöhnlichen Moral, außerhalb des gewöhnlichen Rechts zu stellen, und diesem wie jenem ein Gesicht zu schlagen; und sie haben schon in den Statuten der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“, also schon vor 33 Jahren gefordert, daß das Staatsinteresse mit dem Volksinteresse und die Staatsmoral mit der allgemeinen Menschenmoral in Einklang gebracht werden müssen.

Die Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat zu Anfang des Tausch-Prozesses diesen Satz vor Augen, als er dem Angeklagten von Tausch, der sich hinter die „Staatsinteressen“ flüchtete, feierlich die Worte zurief:

„Ich stelle mich — einfach auf den Boden des Gesetzes. Das Gesetz spricht von Staatsinteressen, die einen Beamten berechtigten können, von einer Strafverfolgung (wo das Gesetz sie vorschreibt) abzusehen, nicht.“

Der Herr Oberstaatsanwalt veränderte jedoch seinen Standpunkt, als seitens des Polizeipräsidiums für die „politische Polizei“ das Recht beansprucht ward, sich über das allgemeine Recht und das für die sonstigen Staatsbürger geltende Gesetz hinwegzusetzen. In seiner letzten Verteidigungsrede — Verzeihung: Anklagerede sagte er:

„Für das Verhalten des Angeklagten v. Tausch kann nur die Praxis der Verwaltungsbehörden in Frage kommen; nur sie könnte für ihn von maßgebender Bedeutung sein. Ich weiß nicht, wie weit sie geht; wenn aber eine solche Praxis bei den Verwaltungsbehörden besteht, so muß man vom Standpunkte des Rechts verlangen, daß dann wenigstens die höchsten Staatsinteressen vorliegen müssen, wenn die Verfolgung unterbleiben soll.“

Der Staat ist das Höchste; und kommt der Staat in Frage, so liegt in jedem Fall das Höchste, das ist das Staatsinteresse vor; und nur die Willkür könnte einen Unterschied machen zwischen der größeren oder geringeren Dringlichkeit der „Fälle“. Jeder Verwaltungsbeamte und jeder Staatsanwalt würde die Dringlichkeit anders auffassen

als der andere — es ist das eben Sache des subjektiven Ermessens.

Die Justiz hat durch den Mund des Herrn Oberstaatsanwalts Drescher vor der Politik kapituliert. Sie hat das Staatsinteresse, das heißt einen von dem Recht nicht bloß verschiedenen, sondern es in seinen Konsequenzen geradezu ausschließenden Faktor, in das Reich der Justiz eingeführt, der er nicht bloß fremd, sondern positiv feindlich ist.

Die Politik hat im Tausch-Prozess die Justiz korrigiert. Der Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat das mit wünschenswerther Offenheit dargelegt. Wir begreifen bloß nicht, warum man der ohnehin nicht auf Rosen und Lorbeer gebetteten deutsch-preussischen Justiz diese Probe nicht erspart hat.

Sicherlich war das Staatsinteresse hier nicht im Interesse des Staates.

Politische Ueberflucht.

Das ein Verfassungsbruch in der Zustimmung zu dem vom Abgeordnetenhaus vorgeschlagenen Weg einer stillschweigenden Änderung der Verfassung liegt, wagt gegenüber der in Nr. 129 des „Vorwärts“ gebrachten historischen und rechtlichen Darlegung nur eine Zeitung zu bestreiten. Dieses kuriose Meinungs-Vertheilungs-Organ nennt sich „Berliner Neuzeit Nachrichten“.

Die Sozialisten und das Duell. Man wird sich erinnern, daß unser belgischer Genosse Vandervelde voriges Jahr sich wegen einer angeblichen Ehrensache mit einem politischen Gegner duellierte, und daß er für diesen Rückfall in mittelalterlichen Barbarenismus von den Parteigenossen einen kräftigen Küffel erhielt. Der Küffel hat genügt. Und als jüngst in Belgien eine ähnliche „Ehrensache“ aufschaute und unser Genosse Bertrand von zwar politischen Gegnern Herausforderungen zu einer Mordpartei mit Degen oder Pistole erhielt, antwortete er, daß Sozialdemokraten weder an die Hammerstein'sche Pistole, noch an das lausitzdeutsche Froschmesser glauben, und überließ es den Herren, einander unter sich mit derartigen Instrumenten zu bearbeiten. Das war recht.

Die Herr Oberstaatsanwalt Drescher hat das mit wünschenswerther Offenheit dargelegt. Wir begreifen bloß nicht, warum man der ohnehin nicht auf Rosen und Lorbeer gebetteten deutsch-preussischen Justiz diese Probe nicht erspart hat. Sicherlich war das Staatsinteresse hier nicht im Interesse des Staates.

recht frech benommen hatte. Der Minister widerrief aber und so unterblieb das Duell. Wir kennen ja wohl das Wort: „Vändlich, feillich“ und wir legen nicht gern unseren deutschen Maßstab an ausländische Verhältnisse. Allein gerade die Franzosen haben in ihrer nationalen Vergangenheit die prächtigsten Vorbilder für das Verhalten in der Duellfrage. Wie wir schon des öfteren gethan, verweisen wir damit auf die Vertreter des dritten Standes, die zu Anfang der französischen Revolution von den Hammerstein und Bräsewigen der Reichsarmee zum Zweikampf herausgefordert wurden. Anfangs nahmen die Lameth und Genossen an, als sich aber herausstellte, daß Methode in der Duellsezererei war, daß vertrackte „Edelthe“, die gut sechsen konnten, zur regelrechten Abkheerei anständiger Männer gemietet wurden, so erkannte man es als Ehrenpflicht, Herausforderungen abzuwehnen. Darob Spott und Hohn seitens der „Edelthe“ mit ihrer besondern Standesehre. Es kam zu einigen gewaltsamen Szenen, bis das Volk ins Mittel trat und aus eigener Initiative und mit eigener Souveränität das Gesetz gab: „Jeder, der zum Duell herausfordert, wird ins Wasser geworfen und so lange untergetaucht, bis er zur Vernunft kommt.“

Das Gesetz wurde ausgeführt. Ein paar Duzend Junker wurden untergetaucht und — das Duell hörte in Frankreich auf — wenigstens für die Dauer der Revolution.

Nach dem 18. Brumaire, als der Militarismus triumphirte, lebte noch anderem Anlag auch das Duell wieder auf. Wir dachten, was die französischen Bürgerdemokraten am Ende des 18. Jahrhunderts konnten, das sollten die französischen Sozialisten am Ende des 19. Jahrhunderts auch können!

Das Institut der politischen Polizei soll, so wird verstanden, „revidirt“ werden. Die „Breslauer Zeitung“ theilt mit, daß ein Komitee schon während seines jüngsten Aufenthalts in Schlesien ununterbrochen vor Beginn des Tausch-Prozesses seiner Umgebung gegenüber seinen Unwillen über das durch denselben enthaltene Intrigenspiel wiederholt ausgesprochen und angeordnet, daß ihm über den Verlauf der Verhandlungen alltäglich ausführlich Bericht erstattet werde. Der Kaiser wünsche dringend eine gründliche Revision des Instituts der politischen Polizei, sowie eine Reform des Verkehrs zwischen den Ministern und der Presse. Eine besondere Kommission soll zur Veranlassung von Vorschlägen alsbald eingesetzt werden.

Unter dem Eindruck des Prozesses wird natürlich allerlei Revision und Remedur angefragt. Warum hat man denn nicht schon längst etwas zu thun versucht? Ist denn v. Tausch der erste seiner Art? Eine „besondere Kommission“ soll eingesetzt werden! Aber was wird herauskommen? Die politische Polizei muß sein. Die politische Polizei muß Agenten haben. Agenten müssen unlaubar sein.

So lange man die politische Polizei will, muß man auch ihre Auswüchse wollen. Daran wird auch nichts geändert, wenn der Kaiser unwillig ist über die Tauschdiade.

In Bezug auf Normann-Schumann soll der „Vorwärts“ bezeichnend die Beknecht das Gegenheil dessen gesagt haben, was Bebel vor dem Schwurgericht im Tausch-Prozess. Das ist falsch. Nach dem „Vorwärts“-Bericht und dem Bericht der „Bessischen Zeitung“ und anderer Blätter antwortete Bebel in der Sitzung des 28. Mai (siehe „Vorwärts“ vom 29. Mai) auf die Frage des Staatsanwalts, ob Schumann auch dem „Vorwärts“ Artikel geliefert habe:

„Ja, meines Wissens hat er 1895 und 1896 einige kleinere politische Notizen dem „Vorwärts“ geliefert.“

Das ist richtig. Die Erklärung des „Vorwärts“ richtete sich gegen unsaubere Blätter, die dem „Vorwärts“ vorwarfen, Artikel von Normann-Schumann empfangen zu haben, und von ihm politisch beeinflusst worden zu sein. Das war schamlos gelogen, und diese Lüge zu brandmarken der Zweck unserer Notiz. Von Normann-Schumann, mit dem Siebelrecht auf dessen Wunsch im Mai 1894 durch Vermittelung eine längere, im „Vorwärts“ bereits erwähnte Unterredung hatte, der Singer beiwohnte, hat der „Vorwärts“ verschiedene kurze politische Notizen erhalten, von denen einige aufgenommen, andere deshalb zurückgewiesen wurden, weil sie in puncto der „Hintermänner“ oder aus anderen Gründen verdächtig erschienen. Kein Wort politischen Raisonnements des Herrn Normann-Schumann hat je im „Vorwärts“ geklungen. Kurz, der „Vorwärts“ hat, wie es in unserer Erklärung heißt, niemals einen Artikel — weder Leitartikel, noch Situationsbericht, noch überhaupt raionnirte Notiz — von Herrn Normann-Schumann erhalten. Und das deckt sich vollständig mit der Zeugenaussage Bebel's.

Der Friede zwischen der Türkei und Griechenland ist noch nicht geschlossen. Die Verzögerung ist sehr natürlich, wenn man bedenkt, daß einerseits ein Theil des „einigen Europa“ seinen schnellen Friedensschluß will und daß andererseits die Türkei mit ihrer halben Million Soldaten, die sie kriegerisch im Felde hat, und der rasch eine zweite halbe Million folgen kann, nach den jüngsten militärischen Erfolgen nicht in der Stimmung ist, sich vom „einigen Europa“ als Schublumpen benutzen zu lassen.

Zwischen den Mächten treten erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervor über die Friedensbedingungen. „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Als Tawfik Pascha im Verlaufe der Friedensverhandlung eine Denkschrift verlas, in der die türkischen Forderungen dargelegt werden, unterbrach ihn der englische Volschaffer und bemerkte, seine Instruktionen gingen dahin, sich jeder Erweiterung des Gebietes der Türkei zu widersetzen. Der französische und der italienische Volschaffer unterstützen diese Ansicht. Der russische Volschaffer erklärte, er glaube wohl, Anstalt würde darin willigen, daß die Türkei das Lempe-Zhal in der Weise annehme, daß Turnovo den Türken zufällt, Barisa aber den Griechen verbleibt.

Ein späteres Telegramm aus Konstantinopel besagt hingegen, daß die Einigung nahe bevorstehen solle. Danach zahlte Griechenland vier Millionen Pfund Kriegsschuldigung und verliert an der thessalischen Grenze einige strategische Punkte, Pharfalos, Volo, Mezono und Negaros bleiben von den Türken besetzt und werden stückweise, nach der in Kaica erfolgten Zahlung, geräumt.

Bemerkenswert ist sonst nur noch die folgende Nachricht:
Athen, 7. Juni. Infolge energischer Einschreitens der Vertreter der Großmächte erließ die Regierung strengste Befehle, damit die Abreise Freiwilliger nach Kreta verhindert werde. Die internationale Flotte wurde wieder beauftragt, alle in Kreta anlaufenden griechischen Schiffe zu durchsuchen und eventuell Kriegskontingente und Freiwillige nach Griechenland zurück zu transportieren.

Deutsches Reich.

— **Protestkundgebungen gegen die lex Rade** fanden statt in Stettin und Köln. In Köln fand eine von 3000 Personen besuchte Protestversammlung statt. Es sprachen die Genossen Schumacher, Solingen, Meiß, Hofrichter und Dehhardt-Köln. Der Sekretär der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz, Dr. Johannes, versuchte das Verhalten seiner Partei namentlich in der Frage des Ausschusses der Minderjährigen zu rechtfertigen, wurde aber von unseren Rednern glänzend abgefertigt. Eine Resolution, die sich gegen die lex Rade, wie gegen jede Verkümmern der Volksrechte aussprach, wurde einstimmig angenommen.

Zur Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Der schlesisch-posenische Parteitag hat sich einstimmig für die Beteiligung und für die Besprechung dieser Frage auf dem allgemeinen deutschen Parteitag ausgesprochen.

— **Konservative Verdächtigungssucht.** Die „Krenz-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 6. Juni eine der „Konservativen Korrespondenz“ entnommene Notiz über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen, in welcher es heißt:

„In ‚Schwebender Pein‘ hängt und bangt der Freisinn. Er weiß noch immer nichts genaueres, ob die maßgebenden sozialdemokratischen Parteiführer für oder wider ein Landtags-Wahlbündnis seien. ‚Genosse‘ Dieblucht hat sich kurz und bündig dagegen erklärt; das schmerzte den Freisinn. Heute aber erfüllte wieder frohe Hoffnung dessen Wahn, weil ‚Genosse‘ Webel in seiner zweideutigen Art im ‚Vorwärts‘ geschrieben hat, es könnte sein, es könnte aber auch nicht sein; die Sache müßte reiflich überlegt werden.“

Soweit diese Notiz Webel betrifft, ist sie völlig erlogen. Webel hat sich im ‚Vorwärts‘ nur einmal über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen geäußert, und zwar in dem Zeitartikel in der Nummer vom 2. Juni. Dort lautet aber die Stelle, die hierauf Bezug hat, wörtlich:

„4. Daß die Partei durch energische Beteiligung an allen Wahlen, bei denen Arbeiter ihre Stimme abgeben können, die Zahl der Volksfeinde zu dezimieren oder ganz binauszuwerfen suchen.“

Diese Äußerung ist eben so klar als bestimmt und zeigt, von der angeblichen ‚zweideutigen Art‘ keine Spur. Es ist zwar nicht unsere Weise, allen Verdächtigungen der Gegner in jedem Falle entgegenzutreten, denn das würde eine zu mühsame Aufgabe sein. Aber die Versuche der konservativen Organe, den Charakter Webel's zu verdächtigen, werden so systematisch und so wider besseres Wissen betrieben, daß sie doch einmal angegangen werden müssen.

Die „Post“, das Leiborgan des Herrn v. Stumm, nimmt den Oberstaatsanwalt Drescher in Schutz gegen die Erklärung Webel's in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“. Das ist bei der „Post“ selbstverständlich, deren Redakteure die Aufgabe haben, im Sinne des Herrn v. Stumm den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung zu führen. Aber die „Post“ irrt sich, glaubt sie durch Befolgung ihres Ratss gegen Webel und andere sozialdemokratische Abgeordnete, dieselben so oft als möglich zu eidlichen Zeugen-Aussagen wegen ihrer Reichstagsreden zu nötigen, diese einzuschüchtern. Dieselben werden nach wie vor thun was sie für ihre Pflicht halten und sich weder von der „Post“ noch Blättern ähnlichen Schlagens davon abhalten lassen. Zu Erklärungen à la Stumm zu greifen, haben sozialdemokratische Abgeordnete bisher nicht nötig gehabt.

— **Pastor Köhlschke** ist aus dem Amt geschieden. Da er der vom Oberkirchenrat gegen ihn ausgesprochenen Verurteilung in den kleinen östlichen Ort Sierakowitz nicht nachkommen wollte, so hat er seinen Dienst überhaupt quittiert. Die Eiferer der Kirche sind zugleich die Hüter Dammons! Wehe dem Geistlichen, der es mit Rammon verdirbt!

— **In der Frage der Militär-Strasprozeß-Ordnung** soll, wie der „Damb. Korresp.“ wissen will, ein Kompromiß zwischen Bayern und Preußen angebahnt werden. Es soll ein bayerischer Senat beim obersten Militär-Gerichtshof eingerichtet werden.

Wie dem auch sei, in jedem Fall ist es höchst skandalös, daß um dieser Kompetenzstreitigkeiten willen die Reform der Militärjustiz immerfort in die Ferne geschoben wird.

— **Friedenskonferenz.** Die interparlamentarische Friedenskonferenz der bürgerlichen Kriegsgegner soll in diesem Jahre im Nationalpalaste zu Brüssel am 8. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Neutralität, der ständige internationale Schiedsgerichtshof, politischer Kongreß der sekundären Mächte.

— **Das Weimarer Staatsministerium** giebt bekannt, daß die Landtagswahlen im September d. J. stattfinden sollen.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß wurde am Dienstag vor der Strafkammer I in Altona unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Angeklagt war der polnische Arbeiter Reib, der bei der Genterarfeier in Elmhorn mit drei anderen Arbeitern über Militärsachen in Streit und Schlägerei geraten war und sich dabei beleidigender Äußerungen über den deutschen Kaiser bedient haben soll. Er leugnete, wurde aber der Körperverletzung und der Majestätsbeleidigung schuldig befunden und dieserhalb zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte acht Monate Gefängnis beantragt.

Schweiz.

Bern, 7. Juni. Die landwirtschaftlichen Vereine der Schweiz haben sich zu einem Schweizerischen Bauernverband vereinigt behufs Wahrung der gemeinsamen Interessen, namentlich auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Handelspolitik, und die Gründung eines schweizerischen Bauernsekretariats als gemeinsamer Zentralsstelle beschlossen, für welches die Unterstüßung des Bundes verlangt wird.

Bern, 8. Juni. Die Bundesversammlung ist heute zu der ordentlichen Sommeression zusammengetreten. Der Nationalrat wählte Grieshaber-Schaffhausen (radikal) zum Präsidenten und Thelin-Waadt (radikal) zum Vizepräsidenten. Der Ständerath wählte Hahn-Graubünden (radikal) zum Präsidenten und Hiltbrand-Zug (liberal) zum Vizepräsidenten.

Frankreich.

Paris, 6. Juni. (Sig. Ver.) Die Interpellation über den Kohlengräberstreik in Grand'Combe wurde in der Sonnabend-Sitzung der Kammer nicht zu Ende geführt infolge eines heftigen Zwischenfalles, von dem weiter unten die Rede ist. Sachlich ist aber die Debatte bereits erschöpft. Die Bergarbeiter-Abgeordneten, Basky und Lamendin, sowie der sozialistische Abgeordnete Fabert haben auf Grund ihrer persönlichen Erforschungen im Streikgebiet ein ergreifendes Bild von dem Ausdehnungs- und Unterdrückungssystem der Grubengesellschaft entworfen. Die Ursache des Streiks, die Entlassung von 575 Arbeitern unter dem Vorwand des schlechten Geschäftsganges ist ein letztes Glied in der Kette der wirtschaftlichen, politischen und religiösen Anechtung der Arbeiter. Der Direktor Grassin, ein liberal-monarchistischer Parteigänger, wie

so viele französische Großbourgeois, suchte seit Jahren sein Arbeitspersonal zu politischen Stimmricht-Diensten zu zwingen. Zu diesem Zwecke hatte er ohne Rücksicht auf die Betriebsbedürfnisse hunderte von Bergarbeitern in Arbeit genommen und die „treuesten“ derselben mit Aufseher- und Angestelltenposten belohnt. Grassin wurde denn auch zum Bürgermeister und sein liberal-monarchistischer Freund, de Rameil, zum Abgeordneten gewählt. Die Anwerbung von überflüssigen Arbeitskräften zu Wahlzwecken erwies sich indes mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins der Arbeiter als zwecklose Verschwendung. Daher die Massenentlassung, welche natürlich die widerhaarigsten Elemente traf. So wurden sämtliche Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes bis auf zwei gemahregelt. Und noch eine zweite Fliege schlug der Pros mit derselben Klappe. Er hat vorgeworfen ältere Arbeiter gemahregelt, die dem pensionsberechtigten Alter nahe seien. Der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds der Altersversorgung lasse zu 2/3 aus Arbeitergehältern zusammengesetzt, wurde von der Verwaltung verthan, teilweise für den Bau und Unterhalt von Kirchen und Kapellen, zu deren reichem Besuch die Arbeiter angehalten werden. Daneben blüht im frommen Betrieb ein räuberisches Truftsyst. Die Arbeiter sind gezwungen, ausschließlich in den Waarenmagazinen der Gesellschaft zu kaufen. Zu diesem Zweck wird jedem neu eintretenden Arbeiter der ganze Lohn für den ersten Monat beschlagnahmt für die Rechnung seiner Einkäufe in dem Trucladen. Die Gesellschaft verdient so bis zu 25 pCt. Basky legte zum Beweis die Rechnung eines Lieferanten für den Trucladen vor... Der Verlauf des Streiks hat bis zur Evidenz gezeigt, daß die Massenentlassung mit dem vorgeschlagen schlechten Geschäftsgang nichts zu thun hat. Nicht nur haben die Arbeiter sich erboten, so lange als noch wendig schichtenweise 1 oder 2 Tage pro Woche zu feiern. Der Hauptingenieur Furnat erklärte den Vorschlag für durchführbar. Dafür wurde er aber kurzerhand gemahregelt.

Und die Regierung? Aus der Antwort Turrel's, des Ministers der öffentlichen Arbeiten, geht hervor, daß sie sich darauf beschränkt hat, von den Eisenbahnen billigere Frachtsätze für die Grand'Combe-Kohlen zu erlangen, um der Gesellschaft die Konkurrenz mit der englischen Kohle zu ermöglichen. Im übrigen fanktionierte sie den Hand der Gesellschaft an den Pensionsgeldern der Gemahregelten, indem sie die entlassenen Kohlenräder mit — Erdarbeiten in einem benachbarten Departement abzugeben versuchte. Und wie im Streikgebiet Militär, Polizei und Richter mit den Agenten Grassin's um die Wette die Ausführenden provozirten, um sie dann verhaften und verurteilen zu können, so trat auch der Minister in der Kammer zynisch als der Anwalt der Gesellschaft auf. Er suchte die dokumentarisch belegten Anschuldigungen der Interpellanten durch lägerische Berichte der Gesellschaft zu entkräften. Das müßte einen Entrüstungsturm auf den sozialistischen Banken entfesseln.

Die Entrüstung erreichte ihren Höhepunkt, als Turrel sich auf ein ihm von der Gesellschaft zugegangenes Schriftstück berief, wonach die Arbeiter „freiwillig“ die Abänderung der Statuten der Alterskasse, das heißt den widergesetzlichen Hand seitens der Gesellschaft mit ihren Unterschriften zugegeben hätten. — „Mit ihren Unterschriften?“ rief Genosse Gérault-Richard, „ich fordere Sie heraus, um diese Unterschriften zu zeigen!“ Der Minister hütete sich aber wohlweislich, das zu thun. Nun ging der Wurm los. Die Regierungsmänner vergaßen sich so weit, die einzelnen sozialistischen Abgeordneten beim Präsidium um Ordnungsruf zu denunzieren. Das zog ihnen von seiten Gérault-Richards die Bezeichnung: „Spindelmonarchards“ zu. Der Präsident Brisson, der von jeder eine ausgeprochene Parteilichkeit gegenüber den Sozialisten zeigt, überschritt sein Recht und die Geschäftsordnung in der größtmöglichen Weise, indem er gegen Gérault-Richard gleich die höchste Ordnungstrafe beantragte: die Zensur mit der zeitweiligen Ausschließung aus der Kammer. Noch mehr, trotzdem die Abstimmung durch Aufstehen ein zweifelhaftes Resultat ergab, widersetzte er sich der nochmaligen Abstimmung mittels Stimmzettel und erklärte die Strafe für beschlossen.

Er wird das noch bitter abbüßen. Nachdem unser Genosse, den willkürlichen Beschluß missachtend, erst der Militärgewalt gewichen und die Sitzung wieder ausgenommen worden war, verlangte Jaurès das Wort, um mit der Geschäftsordnung in der Hand gegen den Willkürakt des Präsidenten zu protestieren. Brisson entzog ihm einfach das Wort. Erneuter Sturm. Brisson wurde von den Sozialisten und sozialistischen Radikalen mit einem Hagel von Wortpeilen überschüttet: „Alte Kavalle! Mistfänger! Verräter!“ u. s. f. flog ihm nur so an den Kopf, bis er die Sitzung aushub und schlenkigt sich aus dem Saale machte.

Die Fortsetzung folgt in der nächsten Sitzung, die auf Donnerstag anberaumt ist.

Während des Sturmes rief ein radikaler Abgeordneter dem Präsidenten zu: „Sie werden doch nie Präsident der Republik sein!“ Dieser Jura ist die Erklärung für das gewollte Vorgehen des radikalen Brisson. Trotzdem er zum Kammerpräsidenten mit Hilfe der sozialistischen Stimmen gewählt wurde, sucht er durch die Drangsalierung der sozialistischen Abgeordneten sich die Stimmen der Ordnungsparteiler für die zukünftigen Präsidentschaftswahlen zu sichern. Vergebliche Mühe! Denn andererseits muß er von Zeit zu Zeit den Radikalen herantreten. So sitzt er denn glücklich zwischen zwei Stühlen.

Die sozialistische Kammerfraktion hat ihm in einem von 44 Abgeordneten unterzeichneten Manifest förmlich den Krieg erklärt.

— **Die Szene der Ausschließung Gérault-Richard's** wird von der „Frankfurter Zeitung“ in folgender Weise geschildert: Der Präsident forderte ihn aus, den Sitzungssaal zu verlassen. Gérault verweigert dies. Die Sozialisten rufen ihm zu: „Tabellein! Nicht fortgehen!“ Der Präsident erhebt sich und erklärt die Sitzung für suspendiert. Die Quästoren lassen die Tribünen des Publikums und der Presse räumen. Auf Befehl des Präsidenten verlassen die Deputierten den Sitzungssaal. Nur Gérault-Richard und 20 Sozialisten bleiben auf den Bänken. Die Quästoren verhandeln zunächst mit Gérault-Richard, um ihn zum Verlassen des Sitzungssaales auf gültigen Wege zu bringen. Er und die Sozialisten wollen jedoch nicht nachgeben. Schließlich befiehlt der Präsident das Einschreiten des Militärs. Acht Mann von der Marine-Infanterie, geführt von vier Sergeanten des Kammerdienstpersonals, betreten den Saal. An der Spitze des Piquets geht ein Oberst, der den Wachdienst im Palais Bourbon kommandirt. Einer der Quästoren fordert Gérault nochmals zum Verlassen des Saales auf. Gérault erklärt, er werde bis an die äußerste Grenze seiner parlamentarischen Rechte gehen. Der Oberst legt ihm hierauf die Hand auf die Schulter und fragt: „Weichen Sie der Gewalt?“ Gérault antwortet: „Ja, aber ich konstatire, daß unter der Republik wie unter dem Kaiserreich ein Vertreter des Volkes in dieser Versammlung nicht zum Worte gelangen kann.“ Gérault verläßt hierauf den Saal mit dem Rufe: „Es lebe die soziale Revolution! Schmach den Feiglingen!“

Spanien.

— **Anarchistenauweisung.** Die infolge des Bombenattentats von der Cambiosstraße in Barcelona verhafteten Anarchisten, welche in dem großen Anarchistenprozeß freigesprochen wurden, wurden am 8. d. M. ausgewiesen. Spanien hienun drei Tagen zu verlassen. Die meisten von ihnen erklärten, daß sie nach Frankreich gehen wollen, und einige nach Argentinien, Nordamerika, Brasilien, Tunis, Ägier und England. Einer von ihnen sagte mit Humor, er wünsche als Oberbeichshaber nach Ruba geschickt zu werden, um dort die Reformen einzuführen. Alle weigerten sich, das Ausweisungspatent zu unterzeichnen.

— **Der Canovas** wird Ministerpräsident bleiben. Die Kritik soll damit beendigt sein. Thatsächlich aber werden die Liberalen den Kampf gegen den mit recht gehäßen Reaktionär von neuem aufnehmen.

Dänemark.

— **Die Leistungen des dänischen Landesthing.** Nach einer achtmönatlichen Legislaturperiode ist der Reichstag geschlossen worden. Er hat in dieser Zeit 44 Gesetze angenommen,

von denen auch nicht eines ein Reformgesetz ist. An wem liegt die Schuld? Fast nur am Landesthing. Der Folkething ist eifrig in dieser Richtung thätig gewesen. Schon im November wurde von diesem der Antrag auf geheime Abstimmung zum Landesthing mit 66 Stimmen gegen 11 angenommen. Der Landesthing überwiegt ihn einer Kommission, in der er noch faust schlummert! Ein Antrag auf Gleichstellung der Landstädte mit Kopenhagen hinsichtlich der Bürgermeisterei-Wahlen, wurde vom Landesthing zurückgewiesen. Das vom Folkething mit 89 gegen 3 Stimmen angenommene Schulgesetz kam im Landesthing nicht einmal zur zweiten Behandlung. Bei den weiteren Reformanträgen der Arbeiter-Unfallversicherung, der Verkürzung der Arbeitszeit in den Bäckereien, der Befestigung der Befestigungen Kopenhagens und einer Aenderung der Untersuchungsbehörde versagte schon ein Theil der Stimmen des Folkething. Die Unfallversicherung wurde in der vermittelten Form, daß sie nur für die Fabrikarbeiter gelten sollte, vom Folkething angenommen, der Landesthing begrub sie auf einen Protest der Großindustriellen hin in seiner Kommission. Ebenso erging es dem Antrag auf Aenderung der Untersuchungsbehörde. Einem Antrag auf ein Vorrecht der Lohnforderung der Dienstboten im Konkursfalle, wurde die zweite Behandlung im Landesthing verweigert! Die Anträge der Sozialdemokratie auf Einführung des 8-stündigen Arbeitstages und Verkürzung der Arbeitszeit in den Bäckereien scheiterten schon im Folkething. Ein Antrag auf Einführung der Zivildienste ward im Folkething angenommen, im Landesthing abgewiesen.

Im weiteren Auftrage gingen dem Folkething von der Regierung zu das „Anfiedelungsgesetz“, eine Reform des Branntweinsteuer-Gesetzes und ein Antrag auf Aenderung der Vermögens- und Einkommensteuer. Das Anfiedelungsgesetz ward in erweiterter Form vom Folkething angenommen. Auch all die andern Gesetze fanden im Folkething eine schnelle Behandlung und versprochen Verbesserungen, wenn auch die weitergehenden Wünsche der Sozialdemokratie nicht gehört wurden. Da aber erklärte der Landesthing am 1. April, er wolle sich die Reformgesetze zu berathen, so lange die Ministerliste nicht gelöst sei, die der Landesthing übrigens selbst hervorgerufen hatte. Endlich nach Beilegung derselben hat er das Anfiedelungsgesetz beraten und darüber eine Entscheidung gefaßt, die das Gesetz der Stände des Landesthing zum Ueberleben bringen dürfte. Wir haben seinerzeit ausführlich über dieses Gesetz berichtet.

Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn sich im weiteren und immer weiteren Reizen der Ruf erhebt: Nieder mit dem Landesthing? Kann eine Institution noch fortbestehen, die jede zeitgemäße Entwicklung des Staates wegen ihrer Sonderinteressen unmöglich macht? —

Afrika.

— **Rußland und Abyssinien.** Die Petersburger „Nowoje Wremja“ bemerkt aus Anlaß der Thatsache, daß in Abyssinien eine russische diplomatische Mission gegründet werden soll, dieselbe werde friedlichen und kulturellen Zwecken dienen. Rußland werde Abyssinien helfen, die ersten Schritte vom Wege eines primitiv patriarchalischen Lebens zur Zivilisation zu machen. Man weiß, was hinter diesen Redensarten steckt. Rußland stärkt Menelik zum Trug gegen England.

Asien.

— **Der Konflikt zwischen Japan und Hawaii.** von dem wir früher schon berichteten, nimmt verschärfte Formen an. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ vom Montag hat die Regierung von Hawaii es abgelehnt, Japan die Genußguthung zu geben, welche dieses verlangte, weil die Regierung von Hawaii sich geweigert hatte, die Landung von 400 japanischen Einwanderern zu gestatten. Japan hat erklärt, die diplomatischen Beziehungen mit Hawaii abbrechen zu wollen. Bekanntlich stehen die Vereinigten Staaten in diesem Konflikt auf der Seite des kleinen Südfestlandwesens.

Amerika.

— **Washington, 5. Juni.** Staatssekretär Sherman übersandte dem Senate einen Brief des österreichisch-ungarischen Gesandten Dr. v. Hengel Müller, in dem gegen die Anwendung von Differentialzöllen auf Zucker aus Ländern, die Exportprämien zahlen, als der Reißbühnung zuwiderlaufend Einspruch erhoben wird. Oesterreich-Ungarn hoffe, die Negation werde den Kongreß über die den Vereinigten Staaten aus dem Betrage erwachsenden Verpflichtungen aufklären und die Annahme der Differentialzölle verhindern, gegen die Oesterreich-Ungarn von neuem Einspruch zu erheben genöthigt wäre, wenn dieselben endgültig angenommen werden sollten. Der Brief wurde der Finanzkommission überwiesen.

Havana, 7. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht heute das Dekret, durch welches die Reformen auf Cuba eingeführt werden. Die Volkstheit hört sich wohl, aber der Glaube an diese spanischen „Reformen“ fehlt.

Sechster österreichischer sozialdemokratischer Parteitag in Wien.

Wien, den 6. Juni 1897.
In dem festlich mit rothen Draperien, zahlreichen Inschriften, der Wüste von Laffale und den Bildern von Marx und Engels geschmückten Saale des Hotel Humberger (der Besitzer ist antisemitischer Gemeinderath), ist am Sonntag Vormittag der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag eröffnet worden. 180 Delegirte aus allen Theilen Oesterreichs sind erschienen, darunter vollständig die 14 Mann starke sozialdemokratische Fraktion des Reichsraths, außerdem Engelbert Fernerstorfer und der Vorsitzende der österreichischen Parteivertretung Dr. Viktor Adler. Die deutsche Partei ist durch den Abg. Holtenbuhr und den Parteisekretär Pfannkuch vertreten.

Poppe-Wien eröffnet den Parteitag unter Hinweis auf den Wendepunkt in der Parteigeschichte, auf die erste parlamentarische Vertretung der Partei.

Dann übermittelt Pfannkuch-Hamburg dem Parteitage die Grüße der deutschen Sozialdemokratie. Er betont, die Solidarität der beiden Parteien, deren Lebenselement der Kampf sei. Kampf mußten wir schon von Anfang an führen, als wir Sozialdemokraten wurden, Kampf wird sein, bis wir unser Programm verwirklicht haben. Die ganze Gesellschaft ist gegen uns und muß es sein, denn wir sind ihre geschworenen Feinde. Wir sind sicher, daß wir die alte bürgerliche Gesellschaft überwinden werden. Wir können es der bürgerlichen Gesellschaft nicht verdenken, daß sie sich ihrer Haut wehrt, daß sie alle Maßregeln ergreift, um den Entwicklungsengang der Sozialdemokratie aufzuhalten. In Deutschland haben wir verschiedene Phasen im Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft uns gegenüber zu verzeichnen. Verschiedene dieser Phasen gehören bereits der Geschichte an; das Dulden und Leiden der Genossen unter dem Sozialistengesetz war es, das jene unauflösblichen Bande geschmiedet, welche es uns ermöglichten, auch die Stürme und Kämpfe der Zukunft zu überwinden. Wreufen schied sich an, reaktionäre Maßregel einzuleiten, bezw. auf dem Wege des Partikularismus im ganzen geeinigten Deutschland zur Durchführung zu bringen. Wir haben dieses Beginnen anfangs völlig ignoriert und erst, als wir sahen, daß noch einmal die unter dem ersten Reichskanzler beliebte Taktik, die wir abgethan glaubten und die im Wesen darauf hinausläuft, die Sozialdemokratie zu zwingen den Kampf in einem Augenblick aufzunehmen, wo es ihr nicht angenehm ist, gebot es nicht nur der Selbsterhaltungstrieb, sondern auch die ganze Tradition der Partei, den Kampf energisch aufzunehmen.

Der Redner bespricht hierauf die Wiener Wahlen und verweist darauf, daß auch in Deutschland anfangs die Hoffnungen, die man an das allgemeine gleiche Wahlrecht geknüpft, getäuscht worden sind. Laffale selbst hat das allgemeine gleiche Wahlrecht als eine zweischneidige Waffe bezeichnet, die zu führen erst gelernt sein muß. Es giebt Parteigenossen, denen unsere Bewegung zu langsam geht. Wir werden gewiß alle lieber morgen als übermorgen die Rechte

Kraft befehligen, aber wie müssen und sagen, daß, wollen wir das Erwünschte festhalten, wir Stappe um Stappe erobern müssen und von der erprobten Taktik nicht abgehen können. Pfannkuch schlägt unter lebhaftem Beifall mit den Worten: Wir haben bisher in Freud und Leid Schulter an Schulter gekämpft, möge es auch weiterhin so sein.

Eine längere Debatte entspinnt sich hierauf über die Frage, ob der Parteitag den bekanntlich von antisemitischer Seite eingeleiteten Zwangsaustritt unterstützen solle oder nicht. Schließlich wird ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der den freilebenden Arbeitern die Sympathie des Parteitags und Unterstützung seitens der Partei zugesichert.

Nachmittags tritt dann der Kongreß in seine Tagesordnung ein. Schachmeyer-Wien erstattet den Parteibericht, Dr. Ellenbogen-Wien den Kassenericht. Beide gaben deutliche Zahlen von dem Wachstum und dem Aufschwung der Partei. Mit dem Ausfall der Wahlen erklärten sich die Referenten im großen und ganzen befriedigt, daß Resultat der Wiener Wahlen natürlich angenommen. In der den Referenten folgenden Debatte unterzieht Dr. Adler den Ausfall der Wiener Wahlen einer längeren Besprechung und kommt dabei zu dem Schluss, daß die Sozialdemokratie den Bedienten aller Kategorien, die von den Antisemiten an die Urne gebracht worden sind, unterlegen sei.

Nachdem der Parteivertretung Decharge erteilt ist, wird die Fortsetzung der Verhandlungen auf Montag früh 9 Uhr vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Wien, 7. Juni 1897.

Der Vorsitzende Zeller-Teplitz eröffnet die Verhandlung nach 9 Uhr und giebt dem Abg. Datschnski-Kraus das Wort zu seinem Referat über die parlamentarische Thätigkeit. Er verweist auf die Thatsache, daß die Internationalität der Sozialdemokratie in dem sozialdemokratischen Parteiverband des österreichischen Abgeordnetenhauses zum schönsten Ausdruck gelangt sei. In dem Klub sei das Proletariat aller Zungen, Deutsche, Tschechen und Polen vertreten gewesen. Die radikale ruthenische Partei habe um Aufnahme ihres Vertreters in den Verband ersucht, man habe aber eifersüchtig auf die Reinheit des Verbandes gehalten und den jung-ruthenischen Ruthenen Dr. Jaroszewicz nur als Hospitanten aufgenommen. Trotz der kleinen Zahl seiner Mitglieder habe der sozialdemokratische Verband die erste kurze Tagung bereits beherrscht. Die Sozialdemokratie habe das Parlament schon dahin gebracht, zum ersten Male anständig zu sein und einen eingeleiteten Genossen zu befreien. Der Kampf werde sich gegen das in Oesterreich, wenn auch latent, herrschende Panama richten, man werde zeigen, daß auch im österreichischen Parlament eine ganze Bande von Glucks- und Industriekritikern sitzt, die entlarvt werden müssen. Der erste Antrag von unserer Seite galt dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Es muß errungen werden, und wird in dem neuen Wahlrechtskampf, der über kurz oder lang entbrennen muß, errungen werden. Die Partei habe auch selbstverständlich zur Sprachenveränderung Stellung genommen. Die Abgeordneten haben auch außerhalb des Parlaments eine rege Thätigkeit entwickelt. Kein sozialdemokratischer Abgeordneter habe ein Duell zu bestehen gehabt (Große Heiterkeit), aber auch keine Abbitteleistung. Als die Geshmann, Altemann, Mittelmeyer mit ihren antisemitischen Gemeinheiten an uns herantraten, da bekamen wir aus einem Augenblick, ob wir nicht die „Wasschenpolitik“ befolgen sollten, die uns hier und da anempfohlen war. (Heiterkeit.) Wir haben uns aber gegert, wir wollten mit der Wasschenpolitik nicht den Anfang machen, wollen erst die moralischen Kampfmittel erschöpfen und die brutale Gewalt vermeiden. Also wir warten noch mit den — Wasschen (Große Heiterkeit.) Wir haben auch nicht antichambrieren. Wir haben uns an den wüsten Parnassien nicht beteiligt, aber gegen jede Verkürzung unserer Rechte protestiert. Wir werden uns auch in Zukunft so verhalten, dem Baden aber werden wir nicht aufhelfen, wenn er fallen sollte. Daß er Befehl eines Gedanken ist, hat Graf Badeni noch nicht bewiesen. Die Regierung war die Besiegte, als sie die Session schließen mußte. Ueber die Drohung mit der Abschaffung des Parlamentarismus erschrecken wir uns nicht. Im Parlament ist das Wort von der tausendjährigen Geschichte Oesterreichs gesprochen worden. Für das Volk ist sie nur eine tausendjährige Geschichte von Tränen, Gallen, das nur durch den Raub an Oesterreich gefallen ist, soll eine geschichtliche Individualität haben. Schließen, das uns immer an die Uebermacht Preussens erinnert, uns immer an die Prügel mahnt, die wir von den Preußen bekommen, diese paar Fesseln Landes sollen eine geschichtliche Individualität sein? Es ist läge, nichts als läge. (Beifall.) Wir sind Autonomisten, aber Autonomisten im Sinne einer wahren Volkautonomie. Wir fordern ein freies Press- und Versammlungsrecht, eine freie weltliche Schule und für jeden das Recht, sich in seiner Muttersprache zu betheiligen. Unsere Autonomie bedeutet nicht die Auflösung der Nationen, wir haben nicht das Trennende hervorzuheben und die Nationalitätenhaber überwinden. Ich will keinen Wetterpropheten spielen, aber wir haben uns schon in schwierigeren Situationen befunden, wir können getroßt in die Zukunft blicken und werden in dem Kampfe und die Unterdrücker des Volkes vom Hals zu schaffen wissen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Taktik der Partei hält hierauf Dr. Viktor Adler ein Referat. Wir haben in der parlamentarischen Vertretung ein neues Organ der Partei uns erobert. Die Qualität steht weit über der Quantität. Hätten wir ein wirkliches Wahlrecht, ein europäisches Wahlrecht, so befänden wir statt 14: 88 Abgeordnete. Die parlamentarische Vertretung steht in gar keinem Verhältnis zur Arbeiterschaft überhaupt, ja nicht einmal zur sozialdemokratischen völlig klassenbewußten Arbeiterschaft überhaupt. Deshalb muß die Taktik der Partei aus dem Volke heraus bestimmt werden. Uns liegt es jetzt ob, drei Gefahren gegenüber zu treten. Die erste besteht in der wieder zunehmenden Verdrümmung und Verpöschung. Die Christlich-Sozialen leisten der Verpöschung nur Vorschau. Herr Lueger empfiehlt sich jetzt weniger als Bekämpfer des jüdischen Kapitalismus, sondern als der Kräfte, der das einzige sichere Mittel gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie in der Hand hat. Er möchte die Arbeiterschaft als Schulpferd reiten, es bändigen und in gemessenen Trab gegen den jüdischen Mammonismus bringen für den Christlichen, der auch jüdisch ist. Heute haben die Liberalen mehr Angst vor der Verpöschung, als die Arbeiter. Die Arbeiter werden aber ihren Mann stehen. So stark ist Oesterreich nicht, als daß es einen Sturm aushalten könnte, wie der sein würde, der toben würde, sollte mit der Verpöschung wieder Ernst gemacht werden. (Beifall.) Das zweite, was uns obliegt, ist die Befestigung des Nationalitätenbundes. Die Aufgabe hätte längst der Bourgeoisie obgelegen, sie hat sich unfähig dazu erwiesen. Wir haben den Begriff des Internationalismus weiter entwickelt, denn Oesterreich ist die Experimentierkammer des Internationalismus, nach dem heutigen Stande vielleicht besser gesagt, die Sudellücke. Das Problem, das die Bourgeoisie nicht zu lösen vermag, wird die Sozialdemokratie lösen, und sie ist auf dem Wege dazu. Datschnski hatte Recht, als er im Parlament sagte: Ich bin Pole und internationaler Sozialdemokrat. Das ist die Lösung. Sie würde leichter sein, wenn man uns hüch allein ließe. So aber besteht die Gefahr, daß sich die Arbeiter, durch die Opposition gegen die Regierung und alle staatliche Autorität, die dem Arbeiter immer gefährlich, von den Deutsch-Nationalen einsaugen lassen. Wir müssen ein enges Gefüge der sprach- und verschiedenen Arbeiterschaft schaffen. Das geht aber nicht mit Uniformierung, sondern nur unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse. Der internationale Standpunkt wird das wichtigste in Weltreligionskämpfe der Sozialdemokratie sein. Bei der Sprachenverordnung hat sich Baden, der uns als ein sehr pflüger Bursche empfohlen war, als sehr schlechter Händler erwiesen. Die Leute leben vom Nationalitätenworts wie die Raben vom Käse, aber er mußte ein paar Konzeptionen machen, um den Staatskassen ein paar Schritte weiter schieben zu können! Er dat die Jungehehen gewonnen, ist aber ihr Gefangener;

er hat die Deutschen vor den Kopf gestoßen und diese Jammerkerle, von denen kein Hund mehr ein Stück Brot nahm, wieder in die Mühle der Selben gebracht. Sie sehen wieder etwas republikanisch aus, so daß sie wieder unter anständige Leute gehen können. Wir waren mit der Sprachenverordnung in manchen Stücken einverstanden, wir durften aber das Kabinett Baden nicht stärken, umsoweniger als der Lueger wieder eine seiner gewöhnlichen Verdrümmereien dabei verübt hat. Die dritte Frage, die in den Vordergrund unserer Parteitaktik treten muß, ist die Frage des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne des Wortes. Sie ist hinter dem Kampf ums Wahlrecht etwas zurückgetreten. Wenn die Regierung demnach die Verlängerung des Wehrgesetzes verlangen wird, werden wir gegen den Militarismus ganz energisch Stellung nehmen. Es handelt sich hier auch um physischen Arbeiterschutz; den Antrag, daß die Familien der Militärpflichtigen für den Lohnentgang entschädigt werden sollen, werden wir unterstützen. Redner kündigt schließlich für den Herbst eine starke Bewegung für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für den Gemeinderath von Wien an. Der Anwalt des christlichen Volkes soll endlich einmal gestraft werden, was er für die Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts bisher getan hat. Die Herren sehen ja jetzt mitleidig lächelnd auf die Sozialdemokratie herab, wenn sie unsere Partei so gering schätzen, brauchen sie uns ja nicht zu fürchten und können das allgemeine Gemeinde-Wahlrecht einführen. Die Sozialdemokratie ist die wichtigste Partei in Oesterreich. Man nennt uns die Partei Volkentumfuchser. Aber die Gegner sind Utopisten, weil sie glauben, die jegliche Schweinewirtschaft könne aufrechterhalten werden. Wir sind Realisten im besten Sinne des Wortes. Das unsere Partei auch einen wissenschaftlich festen Boden hat, ist ihr noch neubehauptet vertheilt. Die anderen machen uns ja nur alles nach, die Christlich-Sozialen sind nur die Affen der Sozialdemokratie. Sie bringen aber nicht fertig, sie führen arbeiterfreundliche Phrasen im Munde, aber sie thun nichts für wirklichen Arbeiterschutz. Wir allein können die Arbeiter kräftig genug machen, mit dem Kapitalismus auszuräumen. (Lebhafter Beifall.)

In der nun folgenden Diskussion macht sich fast allgemein Zustimmung zu den beiden Referaten geltend. Brod-Wien greift den Genossen Adler an, weil er angeblich nicht scharf genug gegen die Antisemiten vorgehe und jüdische Elemente in der Partei zurückdränge, nur um nicht in den Verdacht der Judennechlichkeit zu kommen. Das jüdische Proletariat werde zu wenig berücksichtigt von der sozialdemokratischen Bewegung. (Widerpruch.) Gerade durch Adler und den deutschen Abg. Singer sei es verhindert worden, daß der Brüsseler Kongreß gegen den Antisemitismus Stellung genommen habe. (Widerpruch.)

Engelbert Bernerstorfer knüpft an die eben gehörte Rede Brod's an. Die Taktik, die Antisemiten etwas zu schonen, war berechtigt, so lange die liberale Koalition am Ruder war. Heute ist eine andere Taktik gegen die Antisemiten, die ihr pläffisches Gepräge unwehrlieh zur Schau tragen, selbstverständlich. Wir sind ebenso selbstverständlich für volle Gleichberechtigung aller Juden, nur nicht für die Gleichberechtigung, welche gewisse Juden selbst verlangen. Es giebt nämlich Juden, welche die Gleichberechtigung sofort verweigern glauben, wenn sie nicht erreichen, was sie erreichen wollen. So hat mir Genosse Adler von einem Juden erzählt, der sich verlegt fühlte, weil er oder sein Sohn nicht General geworden ist. Wir machen dem Juden in der Partei keinerlei Schwierigkeiten, aber wir können ihm doch nicht nur, weil er ein Jude ist, sofort eine führende Stellung einräumen. Vor zwölf Jahren war die Sozialdemokratie noch von dem reichlichen und blutigen Internationalismus erfüllt, jetzt steht sie auf dem Boden des realistischen Internationalismus und ich habe mich ihr deshalb angeschlossen. Nicht von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität wollen wir, sondern von der Bestialität durch die Form der Rationalität zur Humanität. Die Nationen sollen einem großen blühenden Garten gleichen, wo die verschiedensten Früchten das Auge erfreuen. Alles Gute, was ich vom Himmel für meine Nation herabwünsche, wünsche ich auch den anderen. Ich hoffe, die Uebersetzung wird sich bald überall Bahn brechen, daß man ein trefflicher Deutscher, ein guter Slave, ein braver Italiener und dabei doch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein kann. (Stürmischer Beifall.)

Die weitere Debatte wird um 2 Uhr nachmittags auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Parteitag für Schlesien und Posen.

Ueber den Parteitag der Sozialdemokratie der Provinzen Schlesien und Posen, der am ersten Pfingstfeiertag in Langenbielau zusammentrat, wird uns berichtet:

Reichstags-Abgeordneter Kühn aus Langenbielau eröffnete den Parteitag mit einer Begrüßung der Delegierten. In das Bureau wurden als Vorsitzende Bruns aus Breslau und Kühn aus Langenbielau gewählt, als Schriftführer Peis aus Langenbielau und Degner aus Posen. Vertreten waren 23 Wahlkreise durch 47 Delegierte, davon zwei aus der Provinz Posen. Ferner war der Reichstags-Abgeordnete Tuhauer anwesend. (Die übrigen schlesischen Abgeordneten, Möller und Schoenlant, waren am Erscheinen verhindert.)

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Agitations- und Organisationsfragen“ wurde in eine Generaldiskussion eingetreten, worin hauptsächlich die verschiedenen Formen der Organisation lebhaft besprochen wurden; Genosse Dr. Winter-Königsbütte berichtete über den oberschlesischen Industriebezirk, die große Schwierigkeit der dortigen Agitation darlegend. Die Polen seien wohl für unsere Ideen empfänglich, aber die Behörden bereiteten der Bewegung große Hemmnisse. Der Bevölkerung sei beibracht worden, daß alles Sozialdemokratische und Gewerkschaftliche verboten sei. Ein seit zwei Monaten gemiethetes Lokal habe man infolge der Drangsalirungen noch nicht benutzen können. Die politische sozialdemokratische Partei kammere sich zu wenig um Oberschlesien. Redner fordert vom Parteitag eine energische Resolution gegen das Verhalten der Polizeibehörden in Oberschlesien. Auf einen Wunsch der Pölniger Parteigenossen nach mehr Agitatoren bemerkt unter anderem Redner Tuhauer, daß er häufig von Berlin nach Breslau fahre, aber noch niemals sei er aufgefordert worden, an einem auf seiner Tour liegenden Orte zu sprechen. Man möge also erst die vorhandenen Agitatoren genügend ausbilden. Unglaube der Wunsch für Grünberg eine agitatorische Kraft.

Annahme findet ein Antrag Geiser, wonach Schlesien in zwei Bezirke zu theilen ist mit zwei Bezirks-Vertrauensleuten an der Spitze. Der Bezirk Breslau soll die Kreise 1-8 des Regierungsbezirks Breslau umfassen, außerdem ganz Oberschlesien, während der Bezirk Langenbielau die Kreise 9-13 des Regierungsbezirks Breslau und den ganzen Regierungsbezirk Liegnitz umfassen soll.

Eine entschiedene Protestresolution Dr. Winter's gegen das Vorgehen der oberschlesischen Behörden findet einstimmige Zustimmung.

Ebenfalls folgender Antrag der Brieger Genossen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, nach vor dem Schluss des jetzigen Reichstages die Befreiung in Schlesien häufigen Konfiskationen von Wahl- und sonstigen Flugblättern, welche von den verschiedenen Behörden, oft ohne jeden nachweisbaren gesetzlichen Grund, verfaßt worden sind, zur Sprache zu bringen. Ferner sollen diejenigen Behörden beim Beamten, welche ohne gesetzlichen Grund Konfiskationen von Flugblättern anordnen oder vornehmen, schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Aufstellung von Reichstagskandidaten für Schlesien und Posen. Ohne besondere Diskussion werden für Nieder- und Mittelschlesien folgende Kandidaten aufgestellt:

| Wahlkreis. | Kandidat. |
|------------------------------|--|
| 1. Ohraun-Steinau | Giesmann-Breslau. |
| 2. Müllisch-Tröbnitz | Langner-Breslau. |
| 3. Wartenburg-Oels | Giesmann-Breslau. |
| 4. Ranslau-Brieg | Schäly-Breslau. |
| 5. Ohlau-Nimptsch | Schäly-Breslau. |
| 6. Breslau (Ost) | Tuhauer-Berlin. |
| 7. Breslau (West) | Schoenlant-Leipzig. |
| 8. Breslau-Neumarkt | Schäly-Breslau. |
| 9. Striegau-Schweidnitz | Feldmann-Langenbielau. |
| 10. Waldenburg | Möller-Weimar. |
| 11. Reichenbach-Neurode | Kühn-Langenbielau. |
| 12. Glatz-Habelschwerdt | Kühn-Langenbielau. |
| 13. Frankenstein-Münsterberg | Kühn-Langenbielau. |
| 14. Grünberg-Freystadt | Stolpe-Danzig. |
| 15. Sagan-Sprottau | Stolpe-Danzig. |
| 16. Groß-Glogau | Nieder-Halberstadt. |
| 17. Habel-Bunzlau | Stolpe-Danzig. |
| 18. Löwenberg | Stolpe-Danzig. |
| 19. Sagan-Liegnitz | Brühns-Breslau. |
| 20. Landeshut-Jauer | nicht erledigt. |
| 21. Hirschberg-Schönan | Feldmann-Langenbielau. |
| 22. Landau-Görlitz | bleibt den Görlitzer Genossen vorbehalten. |
| 23. Rothenburg-Hoyerswerda | nicht erledigt. |

Für Oberschlesien ist die Kandidatenfrage noch nicht erledigt, den dortigen Genossen empfahl der Parteitag, für den Industrie-Bezirk den Genossen Schasse aus Juidau i. S. aufzustellen. In Posen ist Kandidat Franz Habel aus Edwitz, während in Neustadt Schah aus Breslau aufgestellt ist. Die übrigen oberschlesischen Kreise bedürfen noch der Regelung.

Für die Provinz Posen wird die Aufstellung der Kandidaten der polnischen sozialdemokratischen Partei überlassen.

Tuhauer erinnert dann daran, daß besonders zur Wahlzeit auch die Rasse der nötigen Stärkung bedarf, man möge also für Ausbringung von Geldern Sorge tragen. Kühn empfahl für gute Organisationen thätig zu sein, und auf den Wahltag selbst mehr Augenmerk zu legen, um den Vergewaltigungen und Fälschungen entgegenzutreten; alle Wahllokale müssen besetzt werden und die Tämmigen zur Wahl herangezogen werden.

Die etwaige Betheiligung der sozialdemokratischen Partei an den preussischen Landtagswahlen rief eine längere und lebhafteste Debatte hervor. Kühn empfahl die Betheiligung, um ein anderes Wahlrecht für den Landtag zu erreichen. Springer aus Langenbielau erklärte sich ebenfalls dafür. Michaelis aus Waldenburg glaubt wegen der öffentlichen Stimmungabgabe nicht, daß sich viel Genossen betheiligen werden. Brühns-Breslau ist trotz aller Bedenken für Betheiligung an den Wahlen. Angefichts der gegenwärtigen Situation sei eine Stärkung der bürgerlichen Opposition notwendig. Das Wort „Kompromiß“ sei nicht so schrecklich, weil wir keine unserer Prinzipien aufgeben. Geiser und Tuhauer sprachen ebenfalls für Betheiligung. Letzterer erinnerte an das Wort Lassalle's: „Wählt Fortschrittler, damit sie sich blamiren“.

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Der Parteitag der Sozialdemokratie für Schlesien und Posen ersucht es als nötig, daß die sozialdemokratischen Wähler sich an den Wahlen zum preussischen Landtage beteiligen, daß sie eigene Wahlmänner-Kandidaten aufstellen und für dieselben kräftig agitieren. Im allgemeinen soll eine Betheiligung nur dort erfolgen, wo wenigstens einige Aussicht besteht, eine Anzahl eigener Wahlmänner durchzubringen. Der Parteitag fordert die Leitung der deutschen Gesamtpartei auf, einen Antrag im Sinne des Vorstehenden an den nächsten, in Hamburg stattfindenden deutschen Parteitag zu bringen, um eine grundsätzliche Entscheidung der Gesamtpartei zu dieser Frage herbeizuführen.“

Der vierte Punkt der Tagesordnung: „Unsere Presse“ rief eine besonders lebhafteste Debatte hervor, da die Brieger Genossen beantragt hatten, den „Proletarier“ und die „Volkswacht“ zu verschmelzen. Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Der verhältnismäßig ungünstige Stand der „Volkswacht“ erklärt sich zwar hinreichend durch die besonders harten Verfolgungen, mit denen sie kämpfen muß (in zwei Jahren hatte die „Volkswacht“ 81 Preßprozesse zu bestehen, wovon 46 mit Verurteilung endeten), aber ein großer Teil der Schuld trifft die Parteigenossen selbst, weil sie die „Volkswacht“ zu wenig unterstützen. Besser steht das Parteiblatt in Langenbielau. Kühn erklärte, daß der „Proletarier“ über 8000 Exemplare Auflage hat und einen kleinen Ueberschuss macht.

Zu diesem Punkte wurden folgende Anträge angenommen: „Die Preßkommissionen beider Parteizeitungen der Provinz werden an den betreffenden Ausgaborten großköstlich und haben die Pflicht, auf dem Provinzial-Parteitage Bericht zu erstatten über den Stand der bez. Parteiblätter.“ „Der Provinzial-Parteitag erkennt die Notwendigkeit an, daß besonders für Breslau, im weiteren aber auch für die Provinz, das Breslauer Parteiblatt bestehen bleiben muß.“ Auf Antrag Kühn's aus Langenbielau wurden dann folgende Resolutionen beschloffen:

„Der am 6. Juni in Langenbielau versammelte Delegirtenkongreß der Sozialdemokratie von Schlesien und Posen protestirt mit aller Entschiedenheit gegen jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes; er ersucht es als ein natürliches Menschenrecht aller Staatsangehörigen beider Geschlechter, sich unbehindert, ohne Eingriffe irgend welcher Behörden versammeln, und in Vereinen verbinden zu können, zur Wahrung ihrer Interessen. Deshalb fordert der Delegirtenkongreß, statt der, durch die Regierungsvorlage und die Anträge der konservativen Parteien des Landtages geplanten Vernichtung dieses natürlichen Rechtes, volle Freigabe desselben, wie es sich für ein so wohlhabendes Kulturland am Ende des neunzehnten Jahrhunderts eigentlich von selbst versteht.“

„Der Parteitag der Sozialdemokratie für Schlesien und Posen protestirt dagegen, daß durch das „Bürgerliche Gesetzbuch“ die in Deutschland geltenden Gesinde-Ordnungen nicht abgeschafft werden sind, und daß das Gesinde und die ländlichen Tagelöhner noch ferner unter diesen mittelalterlichen Ausnahmestimmungen leiden müssen. Der Parteitag fordert: als einfachen Akt der Kultur und Gerechtigkeit die Aufhebung der an Sklaverei mahnenden Bestimmungen und die Unterstellung der Dienboten und anderer ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter die Gewerbe-Ordnung.“

Brühns aus Breslau stellte noch fest, daß keine persönlichen Streitigkeiten vorgekommen, sondern die Parteiangellegenheiten in sachlicher Form erledigt worden sind, und schloß ab dann den Parteitag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Zweite General-Versammlung des Centralvereins der Formner.

Gannover, den 6. Juni 1897. Im festlich geschmückten Saal des „Ballhof“ versammelten sich heute Nachmittag die Vertreter des Centralvereins deutscher Formner. Anwesend sind 34 Delegierte, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt werden. Der Hauptvorstand ist vertreten durch Münnert und Schwartz-Lübeck; der Ausschuss ist vertreten durch Clauser-Damburg.

Den Geschäftsbericht des Haupt-Vorstandes erstattet Th. Schwarz. Derselbe liegt gedruckt vor und entnimmt wir denselben, daß die Mitgliederzahl in der Berichtsperiode vom 30. September 1896 bis 1. Januar 1897 von 3977 auf 4285 gestiegen ist. Die gegenwärtige günstige Konjunktur und der Anbau des Unterwiesens haben wesentlich zur Vergößerung und Stabilität

Ankerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen

tagte während der Pfingstfeiertage in Stralau.

1. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden durch Fischer, Färth und Kaufmann in Stralau geleitet. Anwesend sind 36 Delegierte, welche 44 Mandate auf sich vereinigen.

Der Verbandsvorsitzende Gebel führt aus: Als im Streifjahr 1890 die Genossenschaft zuerst angeregt wurde, war man allgemein der Ansicht, daß im Falle einer Niederlage der Verband dem Unternehmen maßregeln.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Es sprechen noch eine Anzahl Redner gegen den Vorstand und Ausschuss sowie gegen Beteiligung des Verbandes an der Glashütte.

Generalversammlung spricht sodann dem Verbandsvorstand ihre Enttäuschung aus über den groben Vertrauensbruch, und zwar geschieht dies mit 26 gegen 17 Stimmen, während dem Ausschuss die Billigung der Versammlung mit 31 gegen 13 Stimmen ausgesprochen wird.

Es folgt dann die Bekanntgabe der Abrechnungen vom 1. bis 4. Quartal 1896, soweit der Vorstand im Stande war, dieselben aufstellen zu können.

Konferenz der Ziegeleiarbeiter der Provinz Brandenburg.

Werder, 6. Juni.

Anwesend sind 18 Delegierte aus 8 für die Ziegeldindustrie bedeutendsten Orten, ferner der Kassierer des Verbandes der Zöpfer, Kaulich, Berlin, und der Vorsitzende Jacobey, ein Mitglied der Agitationskommission der Zöpfer, Kestner, und der Reichstags-Abgeordnete für Westhavelland Heinrich Peus.

Auf die Tagesordnung werden folgende Punkte gesetzt: 1. Bericht über die Lage der Ziegelei-Arbeiter in den einzelnen Orten.

2. Die Nothwendigkeit der Organisation und wie kommen wir zu einer solchen?

3. Anträge und Verschiedenes.

Kaulich, Berlin hält eine einleitende Ansprache, in der er hervorhebt, daß es lange her sei, daß die Ziegelei-Arbeiter zu solcher Zusammenkunft zusammengetreten seien.

Die dann folgenden, theils ziemlich umfangreichen Berichte der Delegirten gaben ein ungemein düsteres Bild der sozialen Verhältnisse der Ziegler.

Im allgemeinen wird der Lohn als unzureichend bezeichnet, trotzdem er in diesem Jahre höher ist als in den vorhergegangenen.

Seit er zeigen die Arbeiter sehr wenig Verständnis für ihre Lage. Anstatt die günstige Konjunktur auszunützen und auf eine Verkürzung der Arbeitszeit zu dringen, wird im Interesse der Unternehmer die Arbeitszeit im ungemeinen ausgedehnt.

Es ist nicht Seltenes, daß von morgens 4 bis abends 9 Uhr gearbeitet wird. Eine so ausgedehnte Arbeitszeit bei so schwerer Arbeit muß, wie hervorgehoben wurde, einen ganz schmerzhaften Kräfteverbrauch zur Folge haben.

Bestimmungen werden die Ziegler zu der langen Arbeitszeit infolge des steigenden Zugangs fremder, nämlich polnischer oder russischer Arbeiter, die so lange Arbeitszeit einhalten, und durch den ganz ansehnlich niedrigen Verdienst oder die gänzliche Arbeitslosigkeit im Winter.

In der Gegend von Reghin wird für die schwere Arbeit des Erdgrabens, wobei der Arbeiter meistens im Wasser stehen muß, der stündliche niedrige Lohn von 70 Pf. pro Tag gezahlt.

Es ist ein günstiges Zeichen wachsender Erkenntniß, daß ein Delegirter fremder Arbeiter aus der Umgegend von Wilow erklärte, daß der beispiellosen Ausnützung der Ziegelei-Arbeiter nur etwas vorgebeugt werden könne, wenn durch Gesetz eine geordnete Arbeitszeit recht bald vorgeschrieben werde.

Da die Arbeiter selbst nicht die Kraft besitzen, sich aus dem Elend herauszuarbeiten. Als besonders ungünstig wurde die Lage derjenigen Arbeiter geschildert, welche in Häusern des Ziegeleibesizers wohnen.

Aus der Reihner Gegend wurde berichtet, daß das Kantineuwesen aus den Ziegeleien geradezu zum Fluch für die Arbeiter werde. Die Ziegeleibesizer ziehen aus den Kantineen immer noch einen großen Theil ihres Einkommens.

Infolge dessen sind dieselben bestrahlt, solche Arbeiter einzustellen, die tüchtig in der Kantine laufen. Die hiesigen Arbeiter werden daher oftmals nicht eingelassen, da sie Lebensmittel und Getränke zur Arbeit mitbringen.

Sind hiesige Arbeiter eingelassen, so sehen sie sich oft genöthigt, doch zu kaufen. Es ist nicht Seltenes, daß die Arbeiter sich im Kaufen förmlich überbieten, um sich die Gunst des Meisters und dadurch möglichst lange die Arbeit zu sichern.

Die sanitären Einrichtungen der Schlafräume (Buden) für die fremden Arbeiter spotten noch immer jeder Beschreibung. Getrennte Aborte für beide Geschlechter sind unbekannt, oft fehlen dieselben überhaupt. Bessere Zustände bestehen, wie aus den Berichten der Delegirten von Wittendörge und Rathenow hervorging, überall da, wo die Arbeit in fabriklähnlichen Betrieben unter Anwendung neuer Maschinen und mit Dampfkraft betrieben wird.

Dort giebt es meist keine Kasernen aus der Ziegelei, fremde Arbeiter sind wenig vorhanden, Kantineen fehlen fast vollständig. Die Arbeitszeit ist dort auch nicht mehr eine so unmäßig ausgedehnte, ist regelmäßig und wird die Arbeit, was von den betreffenden Berichterstattern als bedeutendster Vorzug hervorgehoben wurde, im Winter nur ganz kurze Zeit, theilweise überhaupt nicht mehr unterbrochen.

Ein aus Dresden anwesender Delegirter berichtete eingehend an der Hand von statistischem Material, daß er durch Ansage von Fragebogen erhalten hatte, über fast gleichartige Zustände in der Umgegend von Dresden. Von allen Berichterstattern wurde die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens und der Organisation anerkannt.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung, die Nothwendigkeit der Organisation, hielt Kaulich ein kurzes Referat.

In der nach der Mittagspause beginnenden Diskussion spricht Heimlich, Werder über die Erfahrungen, die mit den eingegangenen Organisationen der Ziegler gemacht sind.

Er kommt zu dem Schluss, daß das Fehlen von allen Anforderungen genügenden Leitern und die hohen Kosten für die Zeitung, die Organisationen zu gründe gehen ließen. Eine Anzahl von Ziegler haben sich dem Verband der Zöpfer angeschlossen, er wünscht, daß die übrigen diesem Beispiel folgen.

Von einigen weiteren Rednern wird auf die außerordentliche Schwierigkeit der Organisation hingewiesen. Kaulich erklärt, daß die Zöpfer sich freuen werden, wenn die Ziegler so kräftig werden, daß sie später eine eigene Organisation schaffen können.

Reichstags-Abgeordneter Peus fährt eingehend die Gründe vor, die den Ziegelei-Arbeiter so schwer zugänglich machen. Er erkennt an, daß wie bei den Bäckern, auch für die Ziegelei-Arbeiter die baldige Freisetzung eines Maximalarbeitstages dringend nothwendig sei.

Von der jetzigen Regierung sei allerdings nicht viel zu erwarten, daher müßten die Ziegler sich selber kräftig regen.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, eine Agitationskommission mit dem Sitz in Werder einzusetzen. Eine Resolution, welche die Delegirten verpflichtet, für den Eintritt der Ziegelei-Arbeiter in den Zöpferverband zu wirken, wird einstimmig angenommen.

Als Beitrag sollen von den Ziegler 20 Pf. pro Woche gezahlt werden. Gegen 6 Uhr abends wurden die Verhandlungen mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Lokales.

Die Wahlen des Dreiklassen-Systems bei den Berliner Kommunalwahlen werden von Jahr zu Jahr üppiger. Im Jahre 1896 (dessen Zahlen dem eben von der Stadtverordneten-Versammlung angenommenen Entwurf einer Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke als Grundlage gedient haben) hatte die I. Abtheilung 1949, die II. 9046, die III. 289 464 Wahlberechtigte.

Auf jeden Wähler der I. Abtheilung kamen rund 7 der II. und 215 der III. Abtheilung. Fünf Jahre früher, 1891, zählte die I. Abtheilung noch 3571, die II. 17 891, die III. erst 249 568 Wahlberechtigte.

Damals kamen auf jeden Wähler der I. Abtheilung 5 der II. und 69 der III. (Im Jahre 1883, nach der in jenem Jahre erfolgten Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke, zählte die I. Abtheilung 3196, die II. 15 902,

die III. 166 086 Wahlberechtigte. Jedem Wähler der I. Abtheilung standen damals 5 der II. und 52 der III. gegenüber.) Die Verschiebung zu gunsten der I. und II. und zu ungunsten der III. Abtheilung, das heißt zu gunsten einiger weniger Geldsachinteressenten und zu ungunsten der Arbeiterklasse, ist besonders in dem letzten Jahrzehnt ganz außerordentlich gewesen.

Der Abstand zwischen der Wählerzahl der III. und denen der II. und I. Abtheilung muß selbstverständlich in den nächsten Jahren noch größer werden. Den Berliner „Kommunalstreifen“ hat aber diese Ungleichheit bisher sehr viel weniger beunruhigt als die (jezt gemilderte) Ungleichheit der Wahlbezirke innerhalb jeder Abtheilung.

— Betrachtet man übrigens hinsichtlich der Wählerzahl der drei Abtheilungen die einzelnen Stadttheile jeden für sich, so ergeben sich in manchen ganz eigenartige Verhältnisse, die auf die örtliche Gruppierung von Reich und Arm in Berlin ein interessantes Licht werfen.

Im Jahre 1896 zählte z. B. das ganze die diesseitige Luisenstadt mit Neu-Kölln sowie den östlichen und westlichen Theil der jenseitigen Luisenstadt umfassende Gebiet in der I. Abtheilung nur 89, in der II. 1409, in der III. dagegen 55 225 Wahlberechtigte.

Es kamen hier auf jeden Wähler der I. Abtheilung rund 16 der II. und 651 der III. Noch schlimmer sah es im östlichen und westlichen Stralauer Viertel und in der Königsstadt aus. Diese Stadttheile hatten zusammen in der I. Abtheilung nur 54, in der II. 1008, in der III. dagegen 32 878 Wahlberechtigte.

Dies fanden jedem Wähler der I. Abtheilung 19 der II. und 979 der III. gegenüber. Am dichtesten sind die Wähler der I. Abtheilung natürlich in dem wohlhabenden Westen der Stadt gesät. Hier an den Südrand des Thiergartens angrenzende Stadtbezirke (die Thiergartenstraße mit Querstraßen sowie die Umgebung des Zoologischen Gartens umfassend) zählten zusammen allein 300, also nicht viel weniger als ein Viertel der ganzen I. Abtheilung.

Die Kindersterblichkeit ist in den einzelnen Stadttheilen Berlins sehr verschieden, — auch dann, wenn man die Sterbefälle von Kindern mit den Geburten desselben Stadttheils vergleicht. Auf 1000 Geborene (fünf Siedelteil des gleichen, zwei Siedelteil des vorhergehenden Jahres gerechnet und Todtgeborene mitgezählt) kamen in ganz Berlin in den Jahren 1896: 297, 1895: 267, 1894: 245, 1893: 274, 1892: 260, also im Durchschnitt dieser 5 Jahre: 257 Sterbefälle von Kindern unter 1 Jahr (Todtgeborene ebenfalls mitgezählt).

Im Durchschnitt dieses Jahres kamen aber auf 1000 Geborene in den Ständekambezirken: Friedrichstadt nur 165, Schöneberger Vorstadt 183, westlicher Theil der Tempelhofer Vorstadt 187, Mittelstadt 208, diesseitige Luisenstadt mit Neu-Kölln 217, östlicher Theil der Tempelhofer Vorstadt 218, westlicher Theil der jenseitigen Luisenstadt 245, westlicher Theil von Moabit 254, westliches Stralauer Viertel 255, Spandauer Viertel 263, Draußenburger Vorstadt 266, südliche Rosenthaler Vorstadt 267, südliches Moabit 271, östlicher Theil der jenseitigen Luisenstadt 278, Königs-Viertel 280, östliches Stralauer Viertel 282, nördliche Rosenthaler Vorstadt 285, Wedding 312 Sterbefälle von Kindern unter 1 Jahr. (Die Sterbefälle in Krankenhäusern sind dem Bezirk, zu dem die Wohnung gehörte, zugehört.)

Die Kindersterblichkeit ist, wie man sieht, im allgemeinen am niedrigsten in den vorwiegend wohlhabenden, am höchsten in den vorwiegend armen Stadttheilen. Das ist eine Erfahrungsthatfache, die sich in jedem Jahre aufs neue bestätigt. Dabei ist es ohne wesentlichen Einfluß, ob die Kindersterblichkeit im ganzen in einem Jahre hoch oder niedrig ist. In ungünstigen wie in weniger ungünstigen Jahren — 1896 gehörte zu den weniger ungünstigen — bleibt das Verhältnis zwischen den armen und den wohlhabenden Stadttheilen in der Hauptfache immer dasselbe. Das für die Kindersterblichkeit wirtschaftliche Ursachen ausschlaggebend sind, ist ja bekannt.

Die auf den hiesigen Begräbnisplätzen befindlichen Leichenhaken sind im Jahre 1896 zur Einstellung von 12 111 Leichen gegen 12 642 im Jahre 1895 benutzt worden. Die Zahl der Verstorbenen und Todtgeborenen betrug im Jahre 1896 34 060 gegen 33 279 im Vorjahre. Es sind somit 35,56 pCt. der im Jahre 1896 Verstorbenen u. gegen 35,83 pCt. im Jahre 1895 vor der Beerdigung in Leichenhäusern untergebracht gewesen.

Austritt aus der „Religionsgemeinschaft“. In der Zeit vom 1. April 1896 bis 1. April 1897 sind, wie ein Berichterstatter meldet, aus der evangelischen Kirche 249 Personen austritten, aus der katholischen Kirche 50, aus dem Judenthum 60 Personen. Unter den aus der evangelischen Kirche Austrittenden befanden sich keine Kirchenverweigerer. In dem gleichen Zeitraum sind zur evangelischen Kirche übergetreten 250 Personen, darunter 73 Personen in kirchensteuerpflichtigen Steuerfällen.

Die Große Berliner Pferdeeißenbahn-Gesellschaft beabsichtigt eine Bahnverbindung nach dem Westen und dem Centrum der Stadt herzustellen. Zu diesem Zwecke soll der Betrieb einer der zur Zeit auf dem Löhnpfahle endigenden Linien bis zum Hauspfahle ausgedehnt werden. Hierzu ist die Anlage einer Haltestelle auf dem Hauspfahle erforderlich. Unter Ueberreichung des bezüglichen Projektes hat die Gesellschaft beim Magistrat und beim Polizeipräsidenten die Genehmigung zu dieser Bauanlage nachgesucht. — Gleichzeitig hat die Gesellschaft die Genehmigung zum Ausbau des zweiten Gleises in der Gertrandenstraße dem Köllnischen Rathhause entlang und zur Vergrößerung des Krümmungsradius an der Kreuzung Breitestraße-Köllnische Fischmarkt nachgesucht. Nach Ausbau dieses zweiten Gleises in der Gertrandenstraße soll die für den elektrischen Betrieb nicht geeignete Schiene durch die Scharnstraße beseitigt werden.

Blaffer Reid. Der agrarischen „Deutschen Tages-Zeitung“ wird geschrieben: Das sich konservativ nennende „Tollower Kreisblatt“ hält es für angezeigt, urbi et orbi zu verkünden, daß der Mittergutsbesitzer Rudolf Mosse in sein neues Schloß zu Schenkendorf eingezogen ist. Der jüdische Mittergutsbesitzer ist in dem gutlandgeschmückten Dorfe wie ein regierender Fürst von seinen Untertanen empfangen worden. Das „Kreisblatt“ theilt mit, daß die Gemeindevetretung und sogar der Kriegerverein angetreten sind, den Besitzer des „Berliner Tagesblattes“ zu empfangen. Vielleicht erfahren wir demnächst, daß ganz Schenkendorf dem „neuen Herrn“ zu Ehren zum Judenthum übergetreten ist. — Die Agrarier thun Anrecht daran, Herrn Mosse zu schmäheln. Er paßt viel besser zu ihnen, als sie wahr haben wollen.

Vom Radverkehr während der Pfingstfeiertage. An den beiden Pfingstfeiertagen passirten, wie berichtet wird, in der Zeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags die Brücke in Halensee 6521 Radler und 735 Radlerinnen. Darunter befanden sich nur 18 Tandems. Die Statistik des Pfingstverkehrs beweist, daß nimmehr auf je neun männliche Radler eine adelnde Dame kommt.

Das Pfingstfest ist, wenn es auch nicht allzuweh von der Witterung begünstigt war, dennoch ziemlich zur Befriedigung der Wirthschaft in den Vororten verlaufen. Der Verkehr am ersten Pfingstfeiertage war ganz gewaltig. Die Straßen Berlins erschienen ausgedehnt, während die Wohnungen in der Umgebung von Hunderts-tausenden dicht bevölkert waren. Die Eisenbahnzüge waren natürlich zum Theil überfüllt, doch hat es den Aussehen, als ob die Verwaltungen diesmal den Verkehrsbedürfnissen etwas besser gerecht geworden sind, als in früheren Jahren. Ueber einige Unglücksfälle, die der Verkehr mit sich brachte, wird berichtet:

Das Geländer einer Landungsbrücke am Kaiserbad in Trepfen, welche von einer größeren Menschenmenge belagert wurde, brach vorgestern plötzlich durch und acht Personen stürzten in die Spree. Da das Wasser jedoch an dieser Stelle nicht allzu tief war, so wurden die Verunglückten unbeschädigt aus den Fluten

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. Juni.
Neues Kgl. Operntheater (Kroll).
 Händel und Gretel. Phantasien im Bremer Rathaus.
 Schauspielhaus, Rathen der Welfe.
 Deutsches, Einfame Menschen.
 Berliner, Die Maschinenbauer.
 Festung, Die Weibsa.
 Schiller, Papa Ritsche.
 Neues, Trilog.
 Linden, Stroik-Giroka.
 Thalia, Nothe Zettel.
 Westen, Die Ungenossen.
 Friedrich-Wilhelms-Abtheilung.
 Lehmann's Kriegs-Adventur im Orient.
 Belle-Alliance, Konstantinopel.
 Abend, Unsere Reichspost.
 Heidenz, Deforist (Dooord).
 Alexanderplatz, I. Die verunkeltete Waise. II. Moritur mit a) Teja. b) Das ewig Weibliche. c) Britchen. III. Die Weibsa.
 Volks, Auf eigenen Füßen.
 Apollo, Sennas auf Erden.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Papa Ritsche.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Deutsche Schwänke.

Ostend-Theater.
 St. Franziskanerstr. 132. Dir. G. Welf.
 Heute und folgende Tage: Unsere Reichspost, Boltschick mit Gelang in 4 Akten v. Kneifel. Musik v. C. Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr. — Im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Theater. Hugo Schütz, Instrumental-Solist. Anfang 6 Uhr.

Viktoria-Brauerei
 (Garten resp. Saal)
 Lützow-Strasse 111/112
 nahe Potsdamer Platz.
 Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
 (Mehfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf sind Billets 1.40 Pf. und Familien-Billets 1.10 Pf. (für 3 Personen gültig) zu haben. (Siehe Plakate.)
 Jeden Sonntag u. Donnerstag nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Concordia Variété-Theater
 Brunnenstr. 154.
 Jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Immer neues Programm.
 Anfang 6 Uhr. Entree 30, refer. 50 Pf.
 Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater-Vorstellung.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 25, refer. 40 Pf.
 Der Sommergarten ist nach Kaffee-tische geöffnet.

Urania,
 Tauben-Strasse 48-49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
 Quotenstr. 57/52 (Vehrer Stadt-Badhof): Täglich von 6 Uhr nach-mittags ab bis 10 Uhr abends Stern-warte und Mondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.
 Die Kinder der Wüste.
 30 Personen.
 Vorstellung
 12, 5, 7, 9 Uhr.



Castan's Panopticum.
 Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen.
 Neu! Menschen.
 Neu! und hochkomisch!

Volks-Theater
 31. Reichenberger-Strasse 31.
Sommer-Saison.
 Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
 Gesangsstücke v. Fiedl u. Wilken, Musik von H. Conradt.
 Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr.
Garten-Konzert.
 Entree: Wochentags 30 Pf. bis 3 W. Sonntags 50 Pf. bis 3 W.

Olympia
 im Belle-Alliance-Theater
 Belle-Allianzstrasse 7A.
 8 1/2 Uhr:
G. Ottavio's Konstantinopel.
 Große orientalische Ausstattungs-Pantomime in gr. Ballet in 8 Bildern.
 Vorzugsbillets haben wieder Gültigkeit.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 10.
 Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Menschen vom Hofe.
 Schwant in 1 Akt von Jacobsohn.
 Novität! Die Zirkusfee. Novität!
 Operette in 1 Akt von E. Felsch.
 Musik von Fritz Baselt.
 Im Saale:
Grosser Ball.

Konzert-Garten (3000 Personen) fassend.
 Schiller-Theater (Wallner-Theater) Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.
Augenheimer Aufenthalt für Jung und Alt.
 Vereinen wie Gesellschaften empfehle ich den Garten zur Veranfassung von Sommerfesten etc. unter launlichen Bedingungen. 20655
K. Riefke, Restaurateur.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
 Auftreten des anerkannten Samoritken
Otto Reutter
 mit seinen aktuellen selbstverfassten Kompiets.
 Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
 Burlesk-phantastische Operette in 3 Akten in 1 Akt von Volken-Bäcker. Musik von Paul Linde. In Szene gesetzt vom Direktor J. Wlad.
 Ferner Auftreten v. Spezialitäten ersten Ranges.
 Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci,
 Kottbuscherstr. 1a. Jub. G. Bierd.
 Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
 im prachtvoll renovierten 1500 Personen fassenden Garten.
Ballhaus-Anna Badezu Hause
 u. f. w.
 Passe-partouts haben an den Wochentagen Gültigkeit. — Familien können Kaffee kochen.

Schweizer Garten
 Am Königsdamm u. Friedrichshalm.
Täglich! Täglich!
Theater- und Spezialitätenvorstellung
 Volksbelustigungen aller Art.
 Täglich: Ball. Entree 30 Pf.
 Im Juli sind 2 Sonnabende freigeworden, welche an Vereine zu Sommerfesten z. verp. sind.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Kapanien-Allee 97-99.
 Täglich:
Mannschaft an Bord.
 Komische Operette in 1 Akt.
Amelia Brand, Verlobungs-Soubrette. Paul Petras, Genil. Jongleur. Martinus, Gesangs- u. Tanz-Duettisten. Barbarina, Ballet-Ensemble. Miss Braun, Soubrette. Gebr. Harry und William Latoure, Piccolo-Theater. Geschw. Morlé, die Pianisten v. Paul Arthur Martin, Samorit. Little Charles, Cavaleriatur. Metzely Troupe, Miniatur-Krochoten.
 Im Saale: **Ball.**
 Anfang 1 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Reservirter Platz 50 Pf.

Relegsgarten
 Friedenstrasse 20
 (Ede Waschstraße).
 Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
 Die Kaffeetische ist täglich, auch Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.
H. Koslowsky.

Künstliche Zähne.
 Dr. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr.
 Teilzahlung pr. Woche 1 W.

Buchhandlung Vorwärts, Seuthstr. 2.
 Soeben ist in unserem Verlage erschienen:
Ueber die materialistische Geichichtsauffassung.
 Ein Vortrag von Hermann Greulich.
 Preis 25 Pf. — Porto 3 Pf.
 Diese Schrift zeichnet sich vor allem durch die Gemeinverständlichkeit der Darstellung aus. Der Verfasser schildert kurz die der materialistischen vorausgegangenem Geichichtsauffassungen, stellt aus den verschiedenen Schriften von Marx und Engels die genaue Formulierung der Marx'schen Theorie fest und weist deren Richtigkeit an der Geichichte der Kreuzzüge und mehreren Vorgängen aus der Neuzeit praktisch nach.
 Ferner empfehlen wir die soeben erschienene Schrift:
Konsumvereine und Arbeiterbewegung.
 Von Karl Kautsky. — Preis 15 Pf. Porto 3 Pf.

Ostbahn-Park
 Müderdorscherstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
 Kaffeetische 3 bis 5 Uhr. — Volksbelustigungen aller Art.
 4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
 Entree: Sonntags 30 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Potsdamer W. Adelung & A. Hoffmann
 Actienbrauerei Potsdam. Gegr. 1890.
 Fernsprecher: Amt Potsdam No. 7
 empfiehlt als Specialität:
Potsdamer Stangenbier
 helles u. dunkl. Lager- und dunkles Versand-Bier
 in Gebinden und Flaschen.
 Die Zustellung in ganz Berlin geschieht durch eigene Wagen frei Haus.
 Niederl. in Berlin SW., Teltowerstr. 43.



Man verlange nur
Van den Bergh's
 feinste holländische Tafel-
Margarine.
 Unübertroffen in Feinheit des Geschmacks, Zille des Aromas und Fettgehalts.
 In den meisten besseren Kolonialwaren-Geschäften käuflich. 15790*

Zähne v. Dr. Th. Franke
 v. Dr. Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Bahn-Klinik.
 Künstl. Zähne in tollerloser Ausführung v. Dr. Plombers v. Dr. am Schmerzlos, Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Cocain unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Behandlung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreihen umstülzen; Kautschukgebetts, Woche 1 W.
 Gudel, Vauhyerpl. 2, Glatzerstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Reisefässer, Betten, Steppdecken, paletots, Anzüge, Hosen, Operngläser, Regulatoren, Remontoiruhren, Granatarmbänder (spottbillig)
 Handeltische Reanderstr. 6. 24525

Photographien
 Beste Ausführung, Billigste Preise.
Atelier Albert Elkes,
 Ritter-Strasse 106. Gde. Prinsenzstr.

Große Betten 12 W.
 (Chester, Venedig, zwei Arten mit gereinigten neuen Federn bei G. K. K. Berlin S., Prinsenzstr. 46. Preisliste kostenlos. Bitte Anfertigungsforderungen.)

Knaben-Anzüge
 u. Mädchenkleidchen, Kletter- u. Anzüge sehr billig bei **Otto Hoffmann,**
 Beteranenstr. 11. 22455*

Empfehle in Restauration, Vereinszimmer, Kafes, etc. **Alte Jakobstr. 60.**

Auf Teilzahlung!
 Schlag-Regulat. 14 T. ab 18 W.
 2 Stb. Herren-Remont. Uhr 15 ..
 2 1/2 jährige Garantie.
 Charlottenstraße Nr. 15.
 Rein Kitzlingsstraße 10.

Fertige Betten, gr. Stand Oberbett, Unterbett, Anisobett, zwei Kopfkissen mit gereinigten neuen Federn, von 12 W. an, fertige Anisobett, Bettmöbel, Patronen jeder Art, Stewps, Schloß, Bettdecken und Polster. Bestellen empf. billigst das als streng recht bekannte, 1870 gegr. Spezial-Gesch. **S. Pollack,**
 Cranienstr. 61, am Vorplatz.

Getragene Stiefel sind billig zu haben. Charlottenburg, Sprestr. 24.

Uhren u. Goldwaaren
Georg Wagner
 Uhrmacher
 Skalitzerstr. 126.
 Reparaturen.

Bahn-Klinik Preise eventuell Teilzahlung.
 Frau Olga Jacobson,
 63/11* Invalidenstr. 145.

Dr. Derrnehl's Eisenpulver. 103/3*
 Ganz vorzügliches Eisenpulver seit 30 Jahren bekannt und überall bewährt. Schwach 1,50; Heftige 3 Sch. 4,95. Kein Gabelmittel. Analyse bezeugt. Hauptniederlage: Apotheke zum weißen Löwen, Berlin, Spandauerstr. 77, erst in Schuymanstr.

Mittwoch, den 9.
Donnerstag, den 10.
Freitag, den 11. Juni.

Die Preislisten für Sommer- und Reise-Artikel sind erschienen.

Bade-Artikel.

Badehauben 15, 28, 25 Pf.
Badeanzüge, Länge ca. 90 100 110 cm.
 roter Perkal 90 Pf. 1,05, 1,15 Mk.
 gemustert. Perkal 1,35, 1,50, 1,60 Mk.
Badelaken, weiss 3,20 u. 4 Mk.
Bademäntel, weiss 3 Mk., bunt 4,30 Mk.
Gerstenkorn-Badelaken 2,80 Mk.
Kinder-Badelaken weiss 1 u. 1,35 Mk.
Frottirhandtücher 33, 70, 85 Pf.

Schürzen.

Wirtschaftsschürzen 70 Pf.
 mit Achselband 1,35 Mk.
Tändelschürzen 55 Pf.
Kinderschürzen
 für ca. 1-2 2-3 3-4 4-5 Jahre.
 1 1,10 1,20 1,30 Mk.

Tapiserie-Artikel
 fertig gestickt:

Frühstücksbeutel 65 Pf.
 Staubtuchbeutel 65 Pf.
 Reisekissen 80 Pf. u. 1,40 Mk.
 Picknickrollen 1,05 Mk.
 Fussbänke 1,60 Mk.

Vorgezeichnet:

Tablette-Decken
 mit Fransen 15, 20, 30 Pf.
 mit Hohlsaum 18, 25, 30 Pf.

Küchenhandtücher 60 Pf.
 Stubenhandtücher 80 Pf.
 Küchentischdecken 95 Pf.
 Marktneize mit Holzgriff 85 Pf.
 Klammerschürzen 48 Pf.
 Kongressschürzen 70 Pf.
 Schirmhüllen 75 Pf.
 Plaidhüllen 1,35 Mk.
 Streichholzbehälter 80 Pf.

Damen-Handschuhe.

Zwirn-Handschuhe,
 farbig, **28** Pf.

Halb-Handschuhe,
 Zwirn, durchbrochenes Gewebe,
33 Pf.

Kleiderstoffe.

Kattune, hell und dunkel, gemustert, Meter **28 u. 48** Pf.
Rips-Piqué, Meter **40 u. 45** Pf.
Gemusterte Alpaccas helle Farben, Meter **80** Pf.
Reinseid. Pongés bedruckt, Meter **90** Pf. u. **1,55** Mk.
Changeant Merveilleux, Meter **1,65** Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Achtung!

Gewerkschaften Berlins!

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

36 öffentliche Gewerkschafts-Protest-Versammlungen.

Sämtliche Versammlungen finden mit Frauen in folgenden Lokalen statt:

- Allgemeine Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen:** Raabe's Salon, Kolbergstr. Nr. 23.
- Arbeiter in Gasanstalten und anderen städtischen Betrieben:** Buske, Grenadierstr. 33.
- Bau-Arbeiter:** Englischer Garten, unterer Saal, Alexanderstr. 27c.
- Bildhauer, Stuckateure:** Joël's Festsäle, Andrastr. 21.
- Brauereiarbeiter und Böttcher:** Wilke's Salon, Andrastr. 26.
- Graphische Gewerbe (Buchdrucker, Schriftsetzer, Lithographen, Steindrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen):**
 - 1. Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
 - 2. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
- Glaser, Glasschleifer, Porzellanarbeiter und Bilderrahmenmacher:** Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20 (Gladshalle).
- Graveure, Ziseleure:** Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstraße 16.
- Holzindustrie (Tischler, Drechsler, Stellmacher, Kistenmacher, Maschinenarbeiter, Stadorbeiter):**
 - 1. Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.
 - 2. Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58.
- Handels- und Verkehrsgewerbe (Kaufleute, Handelshilfsarbeiter, Drochskentischer, Händler, Bureauangestellte):** Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
- Korbmacher:** Rautenberg, Cranienstr. 180.
- Lederindustrie (Weißgerber, Lohgerber, Gaudschuhmacher):** Ulitz Salon, Badstr. 19.
- Möbelpolierer:** Keller's Festsäle, Keiner Saal, Koppenstr. 29.
- Musikinstrumenten-Arbeiter:** Brochnow, Sebastianstr. 39.
- Metallindustrie (sämtliche Berufe und Branchen):**
 - 1. Oböllner Hof, Cöslinerstr. 8.
 - 2. Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
- Maurer:** Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
- Musiker:** (Sonnittags 11 Uhr), Buske, Grenadierstr. 33.
- Maler:** Feuerstein, oberer Saal, Alte Jakobstr. 75.
- Putzer (Nachmittags 4 1/2 Uhr):** Joël's Festsäle, Andrastr. 21.
- Sattler, Tapezirer:** Zubell's Salon, Lindenstr. 106.
- Schuhmacher:**
 - I. (Schuharbeiter) Cohn's Festsäle (Keiner Saal), Bentstr. 22.
 - II. (Fabrikshuhmacher) Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
- Schneider und Schneiderinnen, Wäschebranche, Kürschner, Schirmmacher, Hutmacher:**
 - I. Hensel's Salon, Invalidenstr. 1a. Ede Brunnenstraße.
 - II. Ressource, Kommandantenstr. 57.
- Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen:** Gründel's Salon, Brunnenstr. 188.
- Textilarbeiter und -Arbeiterinnen: (sämtliche Berufe)** Englischer Garten, Alexanderstr. 27a.
- Töpfer, Dachdecker, Steinsetzer:** (6 Uhr) Fey's Lokal, Brunnenstr. 184.
- Vergolder:** Feuerstein's Salon, (unterer Saal) Alte Jakobstr. 75.
- Zimmerer:** Cohn's Festsäle, Bentstr. 22.
- Rummelsburg-Stralau: (sämtliche Gewerkschaften)** Platkowski, Hauptstr. 83.
- Rixdorf: (sämtliche Gewerkschaften)** Viktoria-Säle, Hermannstr. 49/50.
- Steglitz: (sämtliche Gewerkschaften)** Schwarzer Adler, Albrechtstr. 125.
- Weissensee: (sämtliche Gewerkschaften)** Albrechtshof.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:

„Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften.“

Referenten sind die Genossen: Borgmann, Bruns, Bohn, Coblenzer, Dupont, Ewald, Faber, Goerke, Frau Greifenberg, Guttmann, Hammacher, Hoffmann, Kiesel, Körsten, Link, Litka, Ledebour, Massini, Millarg, Paetzl, Portzsch, Richter, Rohrlack, Sassenbach, Siller, R. Schmidt, Stadhagen, Timm, Wagner, Wilke, Zubell.

Arbeiter, Parteigenossen! Durch die Einbringung des neuen Vereinsgesetz-Entwurfes und die Abstimmung im Abgeordnetenhaus haben die zukünftigen Kreise gezeigt, wie sie gewillt sind, in Zukunft den Ausbau der Vereinigung zu gestalten. Wir haben die Pflicht, durch die Protestversammlungen zu beweisen, daß wir Einspruch erheben gegen die fast völlige Vernichtung der Versammlungsfreiheit auch für die Gewerkschaften.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen.

Z. N.: R. Millarg.

Metallarbeiter!

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr:

2 große Protestversammlungen im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstraße 4a und im „Hösliner Hof“, Höslinerstr. 8

Tages-Ordnung:

Die drohende Anebelung des Vereins- und Versammlungswesens in Preußen und die Gewerkschaften.

Referenten: Paul Litka und Herm. Rohrlack.

Kollegen! Agitiert für zahlreichsten Besuch!

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Räther, N., Anklamstraße 44.

Achtung! Bildhauer und Stuckateure Berlins!

Mittwoch, den 9. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, in Joël's Festsälen, Andrastr. Nr. 21:

Grosse öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Stellung der Gewerkschaften dazu. Referent: Kollege Dupont. 2. Die diesjährige Raiffeisen und die Gewerkschaften. 3. Einladung zum Internationalen Agitationskongress.

Kollegen! Die außerordentliche Bedeutung der Tagesordnung legt jedem Kollegen die Pflicht auf, in dieser Protestversammlung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann: G. Winkler.

Achtung! Charlottenburg.

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:

Grosse öffentl. Protest-Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Charlottenburgs.

Tages-Ordnung:

1. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften. Referent: Genosse Fritz Haufe - Berlin. 2. Diskussion. Arbeiter! Genossen! Erhebt den Kampf für den Kampf, um gegen das neueste Anebelgesetz der Reaktion Stellung zu nehmen.

Die Gewerkschafts-Kommission.

Z. N.: Otto Neumann, Schlichterstr. 71.

Achtung! Gewerkschaften Weissensee's!

Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Saale Albrechtshof, Parkstr. 13:

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften. Referent: Theodor Wehner. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.

Um regen und pünktlichen Besuch bittet Der Einberufer.

Stralau-Rummelsburg u. Friedrichsberg.

Mittwoch, den 9. Juni 1897, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Platkowski in Rummelsburg, Hauptstr. 83:

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Zutritt haben auch Frauen und Minderjährige. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

C. Schwabe.

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Mittwoch, den 9. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Rautenberg, Cranienstraße 180:

Grosse öffentliche Versammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Bereins-Geschäft Max Richter, Grüner Weg 65.

Großes Lager von Bildern, Büsten (diverse Größen) von Marx, Lassalle, Engels, Stocklaternen, Wäbereinrahmung, Saaldecorationen. Billigste Preise für Händler und Vereine.

B. Günzel, Lothringerstr. 52.

Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vasallen, Mary etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Stiften, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Non vert. Preisverantw.)

Blendend weisse Wäsche

ohne Bleiche erzielt man nur mit dem echten Dr. Thompson's Seifenpulver.

Dasselbe ist frei von jeder schädlichen, ägenden Substanz und greift die Wäsche auch nicht im geringsten an.

Man erhält Dr. Thompson's Seifenpulver in den meisten Colonialwaren-, Seifen- und Droguen-Geschäften, jedoch nur echt mit Schutzmarke „Schwan“.

Berlin, 2. Pfingstfesttag 1897. Durch die glückliche Geburt eines kranken Jungen wurden hochachtungsvoll Alfred Walig u. Frau, Alexanderstr. 35.

10 000 M. hint. 31 000 M. auf Borzigrundst. 4 Meilen v. Berlin gel. Feuerl. 51 000 M. Grundwerth 12- bis 14 000 M., Mietsertrag 3100 M. Off. an Dr. Bernkeim, Charlottenburg, Weinm. 15.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgesellene. Zirkel u. Privatstunden. G. Viehnecht, Kantstr. 100.

Damenuhr von der Vertriebsstraße bis Station Weissensee verloren. Der ehrliche Finder wolle dieselbe abgeben gegen Belohnung. 2504b

Geilsdorf, Weissensee, König-Chaussee 40a III.

Kranzblinderel u. Blumenhandlung von 1843

Robert Meyer, No. 2, Mariannenstr. No. 2. Wählungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Markt-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

6 Pfund Brot für 50 Pf. Albrecht's Bäckerei, Brandstr. 8. Langstr. 26. Waldenstr. 28. Langstr. 2.

Lanolinseife! macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern 1 Pf. 10 Pf. v. Woche. Handtuch-Berlin, J. H. F. Figner, Neue Königstr. 17. Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

Stempel-Fabrik von Robert Necht, Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Rheumatismus, Sticht, Kreuz- u. Gelenksmerzen befähigt u. radikal das nur beim alleinigen Importeur Hugo Lubowetz, Berlin, Dammstr. 5 in Flaschen à 2 M., Probeflaschen à 1 M. erhältlich. öst. Gauphor-Verl. kein Weichmittel.

Sophastoffe auch Kette in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Blüsch (rottblau) 16352

Proben franko! Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

Rohtabak Große Auswahl! Billigste Preise! Unter Brand! Vorzügliche Qualität! Sämtliche Fabrikations-Artikeln. (Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preis-Verzeichnis. 16492

Heinrich Frank, Nr. 185, Brandstr. Nr. 185.

Ober-Schönweide. Sommerwohnung, möblirt, an der See gelegen, mit Balkon am Wasser u. in Benutzung d. Küche ist 1 verm. Ködter, Dresdenerstr. (Eckstr. d. Haus). Baden, Inhaberstr. 4. Bediener: B. Polamentier, Rinderkonfektion, sofort vermittelbar. 2470b

Arbeitsmarkt.

Durchaus erfolgreiche Brennbaner sucht Nutzen, Rene Friedrichstr. 47. Tüchtiger Facettensteifer sofort verlangt von Paul Jurek, Kommandantenstr. 82.

Mamells auf Wäddchen - Paletots einf. 1,50 M. an verl. Spedmann, Schönhauser Allee Nr. 154 (nahe der Oderbergerstraße). 2506b

Tüchtige Schleifer auf Klavier verl. Ritterstr. 40 d. part. 2503b Kartnarbeiterinnen werden verlangt von Theodor Nathan, Stadtschreiberstr. 29. 2505b